

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 20, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beiträge) 2 Mk. — Postzeitungssatz Nr. 3161

Inhalt:

Der Steuerzettel in Sicht! II. — Die Lage der städtischen Arbeiter in Chemnitz. I. — Aus den Münchener Gaswerken. — Reichenbachsbericht der Generalkommission für 1907. — Karl Marx und die Arbeiter. (Schluß.) — Das Haushaltsbudget eines Leipziger städtischen Arbeiters. — Aus der Praxis für Arbeiterversicherung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Anzeigen.

übergehende“ Arbeitslosigkeit. — In allen Fällen, wo Arbeitslosigkeit, Krankheit, wenn auch nur vorübergehend, eintritt, kann der Steuerpflichtige ein Gesuch um **Erlass resp. Stundung** richten. Erlass der Steuern, von dem ein Schema nebst einer Reklamation am Schluß des Artikels angefügt ist, darf Steuerbehörde einreichen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß ein **Erlass resp. Stundung der Steuern** in vielen Kommunen — wie z. B. auch in Berlin — den Verlust des Gemeindewahlrechts für die betreffende Zeitsperiode nach sich zieht. Zu Wahlzeiten sind also diese Reklamationen, wenn möglich, zu vermeiden.

Steuerpflichtige, welche im Laufe des Steuerjahres ihren Wohnsitz verändern, haben sich bei dem Gemeinde- (Guts-) Vorstande des Abzugsortes ab- und bei dem des Anzugsortes binnen zwei Wochen nach erfolgtem Anzuge anzumelden und gleichzeitig über die erfolgte Veranlagung zur Einkommensteuer auszuweisen. Wer z. B. am 2. des Monats verzichtet, muß für den betreffenden Monat die Steuern noch voll bezahlen, in der nächsten Gemeinde können die Steuern dann erst vom folgenden Monat ab erhoben werden. In diesem Sinne hat im Streitfalle bereits das Reichsgericht entschieden. — Wer unveranlagt geblieben ist, ist zur Entrichtung des der Staatskasse entgangenen Steuerbetrages verpflichtet und kann für die drei letzten Jahre zur **Nachsteuer** herangezogen werden.

Dies wären die wichtigsten Bestimmungen des preußischen Einkommensteuergesetzes. In den anderen Bundesstaaten werden die Arbeiter in ähnlicher, mitunter auch noch in schärferer Weise zur Steuer herangezogen, und deshalb ist es die Pflicht der Arbeiter, sich mit diesen Bestimmungen vertraut zu machen und ja rechtzeitig, also gegen die erste Veranlagung, zu reklamieren. Diejenigen, die zur Staatssteuer veranlagt werden, dürfen nicht warten, bis die Gemeinde mit dem zweiten Zettel, auf welchem der Gemeindezuschlag vermerkt ist, kommt; alsdann ist in der Regel die Reklationsfrist verstrichen. Wer z. B. im Laufe des früheren Wohnortes verzichtet und an seinem neuen Wohnort die Veranlagung zur Staatssteuer von der Veranlagungskommission des früheren Wohnortes nachgehandelt erhält, muß die Reklamation auch dort wiederholen, trotzdem er den Wohnsitz gewechselt hat. Eine Reklamation kann in nachstehender Weise eingereicht werden:

Mr. den 1. April 1908.
An den Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission

Gegen einliegende Verantragung von der Veranlagung zur Einkommensteuer lege ich hiermit Berufung ein und beantrage:

Ermäßigung der Steuer um eine Stufe und Veranlagung in die Stufe von 1900 bis 1905 Mt.

Begründung: Vom beigelegter Beideinigung meines Herren Arbeitgebers (Verwaltungsdirektors oder dergl.) habe ich in dem letzten Jahre 1250 Mt. verdient

Der Steuerzettel in Sicht!

II.

Einkommensteuerpflichtig sind nun in Preußen erstens alle preußischen Staatsangehörigen (sofern sie natürlich steuerpflichtiges Einkommen haben) und zweitens diejenigen Angehörigen anderer Bundesstaaten, welche, ohne in ihrem Heimatstaate einen Wohnsitz zu haben, in Preußen wohnen, oder ohne im Deutschen Reich einen Wohnsitz zu haben, sich in Preußen aufzuhalten. Falls ein Deutscher in seinem Heimatstaate keinen Wohnsitz hat, aber in mehreren anderen Bundesstaaten mehrere Wohnsitze hat, kann der Deutsche in jedem Bundesstaat, in dem er einen Wohnsitz hat, zur Versteuerung des gesamten Einkommens herangezogen werden. Grundbesitz und Betrieb eines Gewerbes darf allerdings nur in demjenigen Bundesstaate versteuert werden, in welchem der Grundbesitz oder das Gewerbe betrieben wird.

Außer der Staatssteuer erheben die Gemeinden noch **Gemeindeeinkommensteuer**, die **Landkreissteuer**, die **Kirchensteuer**, und vielfach wird auch noch **Schulsteuer usw.** erhoben. Bezüglich der Kirchensteuer soll darauf hingewiesen werden, daß bei gemischten Ehen die verschiedenen Kirchengemeinden sich in die zu erhebende Kirchensteuer teilen. Als „gemischte“ Ehen sieht man auch die der Dissidenten an, wo der eine Ehegatte nur aus der Kirche ausgetreten, der andere aber der Kirche noch angehört. Ist z. B. der Mann Dissident, die Frau gehört der Kirche noch an, so wird von der Frau die Hälfte der Kirchensteuer verlangt.

Eine Ermäßigung der Einkommensteuer kann auch verlangt werden, wenn nachgewiesen wird, daß während des laufenden Neujahrs infolge **Wegfalls einer Einnahmequelle** oder infolge **außergewöhnlicher Unglücksfälle** das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist oder das wegfallende Einkommen anderweit zur Einkommensteuer herangezogen wird. Die Verminderung würde dann vom nächsten Monatsersten eintreten. Das bloße Sintern der Löhne begründet die Ermäßigung noch nicht, ebensoviel eine vorübergehende Arbeitslosigkeit. Längere Arbeitslosigkeit, z. B. bei den Arbeitern im Bauwesen, von 10-12 Wochen, gilt aber nicht mehr als „vor-

Für zwei Kinder unter 11 Jahren erlaube ich mir 100 Mf. jährlich in Abzug zu bringen, für ein Kind über 11 Jahre, welches von mir unterhalten wird, ebenfalls 50 Mf.; ferner für Kranken lassen- und Invalidenversicherungsbeiträge höchstens 0,80 Mf. oder jährlich 31,20 Mf. Für freie Gültigkeitsgebühren geben jährlich ab 26 Mf. ferner für Lebensversicherungsbeiträge 20 Mf. Unterschrift.

Bezüglich der Steuererstattung benutze man folgendes Schema:

..... den 20. Januar 1908.

An

den Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission

Ich bin seit 15. Januar 1908 arbeitslos. Anfolgedessen erlaube ich mir den Antrag zu stellen, mit die jetzt laufenden Steuern vor Januar, Februar, März und die später fällig werden den Steuern während meiner Arbeitslosigkeit zu stunden, eventuell mich von den Steuern gänzlich zu befreien.

Ich bin verheiratet, habe Frau und zwei Kinder unter vierzehn Jahren zu ernähren. Unterschrift.

Zum Schluß soll noch darauf hingewiesen werden, daß in Preußen an Staatssteuern erhoben werden bei einem Einkommen von

900–1050 Mf. = 6 Mf.	1500–1650 Mf. = 21 Mf.
1050–1200 " = 9 "	1650–1800 " = 26 "
1200–1350 " = 12 "	1800–2100 " = 31 "
1350–1500 " = 18 "	2100–2400 " = 36 "

nfw, nfw. Die Gemeinden erheben dazu entsprechende Prozentsätze an Gemeindesteuern, die selten unter 100 Prozent, meistens erheblich darüber, betragen. Wer keine 900 Mf. Einkommen hat, kann aber von 600 Mf. an, auf dem Lande auch schon bei geringerem Einkommen, zur Gemeinde ein kommensteuer veranlagt werden.

Wir wollen uns allerdings nicht verbuchen, daß zahlreiche Gemeinden bereits seit Jahren in direkt den jeweiligen § 23 eingeführt hatten, indem sie die Stundenlöhne der städtischen Arbeiter ihrer Betriebe nebst Überstunden, Gratifikationen und so weiter als Grundlage der Einrichtung benützen. Das soll in Zukunft nun noch rigoros gehandhabt werden, wogegen wir uns wenden müssen.

Die Arbeiter haben danach zu streben, daß die Ausnahmestimmungen des § 23 aufgehoben, daß jedes Einkommen bis 1500 Mf. ohne Einräumung der Stadtbürger rechte Steuerfrei bleibt und daß für jedes Kind bis zum 16. Jahre nicht 50, sondern 150 Mf. in Abzug kämen. Um diese Forderungen zu verwirklichen, müßte aber eine ganz andere Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses erfolgen!

Die Lage der städtischen Arbeiter in Chemnitz.

I.

Die nachfolgenden Artikel von E. D. sind der „Chemnitzer Volksstimme“ Nr. 59–56 entnommen. Wie können mit Rücksicht auf unseren knappen Raum leider nur einen Auszug wiedergeben, der nicht einmal die Hälfte der dort gemachten Ausführungen enthält. Unsere Chemnitzer Kollegen sollten jedenfalls die „Chemnitzer Volksstimme“ abonnieren, um so ihren Bürgern als moderne Arbeiter gerecht zu werden.

Die Verhältnisse im Stadtkrankenhaus und den Heilstätten sind in Nr. 7 der „Sanitätswarte“ – gleichfalls im Auszug – geschildert.

Seit Jahren haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Chemnitz die Forderung erhoben, daß Städtische Amtsmänner eine übersichtliche Lohnstatistik für alle in den Chemnitzer städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter schaffen, um so einwandfreies Material zu gewinnen. Denn nur ja läuft wurde den Eingaben unserer organisierten Kollegen nicht die genügende Beachtung geschenkt, weil die große Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten von einer wirtschaftlichen Notlage der städtischen Arbeiter nichts wissen wollte und die Fragen darüber für eitel Übertriebung hielten.

Nun ist endlich unter dem 19. Februar 1908 eine „Lohnstatistik der städtischen Arbeiter in Chemnitz“ an die Stadtverordneten verteilt worden, die als Basis dienen soll, sich über die bestehenden Verhältnisse einzuhend zu informieren.

Die Chemnitzer Statistik beschränkt sich auf die rein tabellarische Wiedergabe der bestehenden Lohnverhältnisse am 24. Januar 1907, der Art der Entlohnung, des wirtschaftlichen Jahres verdientes der Arbeiter, die im Jahre 1906 an mehr als 20 Tagen gearbeitet haben, Überstunden verdient, Alter, Beschäftigungsdauer, Mündigkeitsfristen, Lohnreduzierungen in den letzten zwei Jahren sowie Zahl und Art der Entlohnung nicht pensionberechtigter Angestellter in Monats- und Jahresgehalt, auf die sich die sozialistische Erhebung nicht erstreckt hat.

Der Statistik sind Mitteilungen der einzelnen Geschäftsstellen angehängt über Arbeitsordnungen, Arbeitssätze, Lohnfortzahlungen bei Arbeitsausfall, Lohnzulagen und Unfälle. Den Tabellus bildet eine tabellarische Übersicht der Lohnverhältnisse im Stadtkrankenhaus, in der Werkenheimstätte und im pathologisch-hygienischen Institut, gleichfalls vom 24. Januar 1907.

Die deutschen Städtegemeinden traten als „Arbeitgeber“ infolge des schlechten Anmaßens der städtischen Betriebe immer mehr in den Vordergrund. Wieviel Chemnitz hieran beteiligt ist, ergibt nachstehende Übersicht vom 24. Januar 1907, in welche die Zahl der bei den einzelnen Verwaltungsstellen des Rates beschäftigten Arbeiter angegeben wird. Gleichzeitig fügen wir die Art der Entlohnungsmethode bei.

Verwaltungsstellen	Arbeiterzahl	Davon hatten				Stunden- u. Gehalt
		männl. weibl.	gesammt	Stundenlohn	Gehaltlohn	
Diebauamt	434	434	365	—	58	8
Gasanstalt	311	311	114	98	89	3
Bauverwaltung	63	—	63	42	5	3
Gartenverwaltung	42	14	56	58	—	8
Stadtkrankenhaus	4	45	49	—	49	—
Hochbauamt	17	18	30	28	—	12
Elektrizitätswerk	23	1	24	21	—	3
Mariott	13	—	13	—	—	13
Friedhof	9	—	9	9	—	—
Forstverwaltung*)	8	—	8	1	—	7
Vermessungsamt	4	—	4	—	—	4
Kinderverfughaus	4	—	4	—	—	4
Markthalerverwaltung	3	—	3	—	—	3
Altenzehrungsanstalt	2	—	2	—	—	2
Baifeldhaus	2	—	2	—	—	2
Branddirektion	1	1	2	—	—	2
Tirettorialabteilung	2	—	2	—	—	2
Polizeiamt	2	—	2	—	—	2
Freiwillig	1	—	1	—	—	1
Werkenheimstätte	1	—	1	—	—	1
Zusammen	948	75	1023	633	152	193
				11	11	41

Änderung: Wo die Summe der alte Stunden-, Tage- und Wochenlöhne unterschieden Arbeiter größer ist als die angegebene Gesamtzahl der Arbeiter, erhält sich dies daraus, daß bei manchen Arbeitern eine besondere Art der Entlohnung stattfindet, die also in mehreren Spalten angeführt wurden.

Aus vorliegender Tabelle erscheint wir, daß Diebauamt und Gasanstalt weit über die Hälfte aller städtischen Arbeiter beschäftigen. Von Stadtkrankenhaus ist hier nur das Haupersonal aufgeführt.

Zwei Drittel aller Stadtarbeiter (633) werden also noch im Stundenlohn beschäftigt. Freilich haben das Chemnitzer Arbeiter mit der Webezahl aller städtischen Arbeiter überhaupt geringen Anteil. Wie deinem ist das System der Stundenlohn noch lange nicht gereift. Auch die tageweise Bezahlung (125) sollte bei einer vorausgesetzten Rommune nicht sein, vielmehr ist unbedingt zu fordern, daß die Wochenlöhne (193) auf alle städtischen Betriebe ausgedehnt werden. Von einer Stadt mit über einer Viertelmillion Einwohnern könnte man schon etwas mehr soziales Rüstgut erwarten. Die Folge der Herabsetzung des Wochenentgelts durch verkürzte Arbeitszeit (Winter) oder in die Woche fallende unbezahlte Ferientage kann doch nur sein, daß sich die Arbeiter nach Überstunden und Ferientagsarbeit drängen, um ihr ohnehin mögliches Budget wieder ins Gleis zu bringen. Mit diesem Maßnahmen mit der menschlichen Arbeitstrafft eben ein idealer Zustand?

Wir sind der Meinung, daß ein soziales Gemeinschaft allen seinen Mitgliedern eine möglichst gleichmäßige auskömmliche Lohnsumme zahlen sollte, und es ist ganz und gar nicht einzusehen, weswegen die höheren und unteren Rangstufen sowie ein Teil der Arbeiter die Ferientage bezahlt erhalten, während die große Masse der meist schwer arbeitenden Kategorien unverdiente Ferientage erleidet. Eine Parallele mit der Privatindustrie ist ihnen umso entzweit, unanwendbar, weil hier die Kosten bei gleich schwerer Verdienstleistung zweckmäßig erheblich höher sind. Zudem erstickt auch

*) Am Zeitjahr und Herbst sind angestellt 25 männliche und 20 weibliche Vorarbeiter.

privat vielfach bereits der Wochenlohn. Eine Kommune soll aber vorbildlich wirken und nicht hinterherkämpfen.

Dazu muss das System der kurzfristigen Lohnstufen streng durchgeführt werden. Wie oft hört man die Wogen unserer Stellen, dass sie übergangen sind, wenn wirklich einmal eine Lohnbewilligung erfolgt ist!

Endlich ist noch aus obiger Tabelle ersichtlich, dass 52 Arbeiter teils ständig, teils zeitweise in Aßfeld arbeiten. Das sollte möglichst ganz vermieden werden. Die Stadtverwaltung hat eben durch ihr Antreiberfusium dafür gesorgt, dass neuen intensiver Arbeitsausübung eine unverzügliche Bekämpfung durch unsere Vorgerichte nicht gerade zu den Seltenheiten gehört. Warum muss nun auch noch unter den Arbeitern selber einer der Feind des anderen sein? Denn vielmals zeigt sich diese unerträgliche Erscheinung im Gefolge des Aßfeldischen. Darum fort damit!

Um Zeichen der sinkenden Wirtschaftskonjunktur sollten die Stadtverwaltungen alles tun, um wenigstens ihre angepassten Arbeiter vor wirtschaftlichem Elend zu bewahren, sie könnten maßtäglicher zu machen. Statt dessen erscheint wie aus der antiken Statistik, dass ungerechte Löhne bei der Stadt Chemnitz die Regel bilden, während selbige beiderseitigen Ansprüchen nur ganz vereinzelt Abwendung getragen wird.

Aus den statistischen Lohnabstellen ist zu ersehen, wie wenig grund vorhanden ist, die Stadt Chemnitz als soziales Gemmeinwesen zu bezeichnen, soweit die hier berührte Arbeiterentlohnung in Frage kommt.

Beginnen wir beim Tiefbauamt. Es erhielten am 21. Januar 1907 einen Stundenlohn von 20 Pf. 5, 21–25 Pf. 21, 26–30 Pf. 22, 31–35 Pf. 1, 16–20 Pf. 1. Von diesen 37 Arbeitern sind 34 Mietenszieher, während 3 mit Gebrauchsalter waren. Aber selbst, wenn man diese voll in Abzug bringt, wird das Bild nicht wesentlich verbessern. Die Tatsache, dass die große Mehrzahl der Chemnitzer Tiefbauarbeiter um 25–30 Pf. Stundenlohn frönen müssen, bedarf keines weiteren Kommentars! An den Wochenlöhnen im Tiefbau sind sowohl ausdienstlich als Maßgeblichen und Handwerker beteiligt, also mehr oder minder qualifizierte Arbeiter. Dagegen sind auch diese Löhne durchweg niedriger als in der Privatindustrie. Einen Wochenlohn von 19–20 Pf. erhielten 11, von 21–24 Pf. 27, von 25–30 Pf. 13 Arbeiter.

An einer Übersicht ist auch der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst in den ersten Wochen des Jahres 1907 festgestellt unter Einschluss der Aßfeldlöne. Das ergibt nun ja das Tiefbauamt folgendes Bild: Ein Verdienst bis täglich 2 Pf. hatten 30, über 2–25 Pf. 95, über 250, 300 Pf. 160, über 300–350 Pf. 73, über 350–400 Pf. 36, über 400–450 Pf. 12, über 450–500 Pf. 2, über 500–525 Pf. 4, endlich 5 Steinleger mit über 600–630 Pf.

Aber 2,50–3,00 Pf. als Durchschnittsverdienst der Tiefbauarbeiter!

Die Tabelle VI, die den 300-jährigen Durchschnittsarbeitsverdienst unter Einschluss von Weibnachtsgegenleben und Gratifikationen bringt, hat nur Vergleichswert, da nicht einmal die Hälfte aller Tiefbauarbeiter fortgesetzt in Arbeit standen. Bis 100 Pf. Einkommen hatten danach 221 Arbeiter, über 900–1200 Pf. 160 Arbeiter und über 1200 1500 Pf. ganze 21 Arbeiter.

An der Übersicht VII ist der während Jahresverdienst angegeben. Die Zahl der Arbeiter, die im Jahre 1906 an mehr als 280 Tagen gearbeitet haben, ist auf 231 für das Tiefbauamt zusammengezählt. Davon hatten 120 bis 900 Pf. 69 über 900 bis 1200 Pf., 15 über 1200 bis 1500 Pf.

Wie aber dieses gewiss nicht glänzende Resultat „veröffentlicht“ wurde durch Überstunden, darüber gibt die Übersicht X erfreuliche Auskunft. Zum Tiefbau haben nicht weniger als 305 Arbeiter, das sind über zwei Drittel, Überstunden gemacht. Und zwar hatten 71 Arbeiter bis zu 10 Prozent vom Gesamtarbeitsverdienst durch Überstunden erarbeitet. 242 Arbeiter hatten über 10 bis 30 Prozent vom Gesamteinkommen durch Überstunden; 50 verdienten 20–30 Prozent und 12 über 30 Prozent des Einkommens durch Überstunden. Hier kann man wirklich von einer Überstundeneirtschaft sprechen!

Davon geht aus der Übersicht XIV hervor, dass in den letzten zwei Jahren 257 Tiefbauarbeiter der Lohn erhöht wurde, während es bei 177 gleich blieb. Die Erhöhung war aber auch daran, fann man nur sagen, das scheint man auch selber empfunden zu haben, als so ist in Tabelle XV der Stand der Stunden-, Tage-, Wochen-, Monatslöhne am 1. Juni 1907 hinzugefügt, der für das Tiefbauamt ergibt: Stundenlöhne von 21–25 Pf. 82, 26–30 Pf. 31, 31–35 Pf. 38 Arbeiter. Wochenlöhne: 19–20 Pf. 1. Ein Vergleich mit oben überlieferten Veränderungen in den unten genannten Löhnen.

Etwas günstiger ist natürlich das Bild bei der Gasanstalt. Hier betragen am 21. Januar 1907 die Stundenlöhne 21–35 Pf. 91, 36–40 Pf. 21, 41–45 Pf. 4, 46–50 Pf. 10, 51 und 52 Pf. 1. Der Durchschnitt beträgt also circa 25 Pf. pro Stunde. Die Tagelöhne verteilen sich: 370, 395 Pf. 1, 390 Pf. 50, 4,20 4,25 901, 44 Arbeiter. Unter den beiden letzten Wochenstufen sind auch die 71 Eisenarbeiter gehübt. Gegen Wochen-

Lohn wurden bei der Gasanstalt beschäftigt für 20 Pf. 4, 21–24 Pf. 73, 25–30 Pf. 12.

Der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst betrug über 2,75 bis 3,00 Pf. bei 21, über 3,00–3,50 Pf. bei 105, über 3,50–4,00 Pf. bei 101, über 4,00–4,50 Pf. bei 67, über 4,50–5,00 Pf. bei 12, über 5,00–6,00 Pf. bei 5 Arbeitern. Der wirkliche Jahresverdienst der 216 Arbeiter mit mehr als 280 Tagen betrug über 900–1200 Pf. bei 105, über 1200–1500: 90, über 1500–1800: 21.

Die Überstunden auf der Gasanstalt sind nicht aufgeführt, dafür gibt aber die Übersicht IX Aufschluss, wie die vorsiehenden „Lorenzen“ Löhne verdient werden. Während im Tiefbau überwiegend 65 Arbeiter 301–320 Tage im Jahre arbeiteten, waren im Gaswerk 68 Arbeiter 301–320 Tage im Jahre tätig, 21: 321–340 Tage und 105: 311–365 Tage. Also über ein Drittel hatten weder Sonn noch Feiertag! Anfrage: Wo bleibt die Gewerbeordnung?

An der Gasanstalt erhielten in den letzten 2 Jahren 238 die Lohnerhöhung, während 76 keine erhielten. So ergibt sich nach dem Stande vom 1. Juli 1907 folgendes Bild: Stundenlohn 31 bis 35 Pf.: 8, 36–40: 19, 41–45: 8, 46–50: 11, 51–55 Pf.: 4, Tagelohn: 3,10 Pf.; 9, 3,00–4,20: 21, 4,40–4,50: 37. Wochenlohn: 21–24 Pf.: 78, 25–27: 14, 31,50: 1.

Das Wasserwerk führt uns wieder in die Niederung. 2 Arbeiter erhielten Stundenlöhne von 21–25 Pf., davon bestehen nur 1 eine Miete! Zur 26–30 Pf. müssen noch 6 Arbeiter hinzutreten. 31–35 Pf. erhalten 31, 36–40: 5, 41–45: 7, 46–50: 1, 51–55 Pf. erhalten einen Tagelohn von 3,40–3,50 Pf. Je 1 Pfostenmutter-Wasser- und Brunnenwärter beziehen einen Wochenlohn von 26, 29 und 29 Pf. Das ergibt einen durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienst von über 2–2,25 Pf.: 1, über 2,50–3: 19, über 3–3,50: 23, über 3,50–4: 9, über 4–4,50: 4, über 4,50 bis 5 Pf.: 6.

Von den 47 Arbeitern des Wasserwerkes mit mehr als 280 Arbeitstagen hatten einen tatsächlichen Jahresverdienst: bis 900 Pf. 3, über 900–1200: 23, über 1200–1500: 19, über 1500 bis 1700: 2.

An den Überstunden nahmen 49 Arbeiter teil, die bis zu 6 Proz. ihres Verdienstes hierauf bezogen.

In den letzten 2 Jahren erhielten 17 eine Lohnerhöhung, während 16 davon ausgeschlossen blieben. Der Lohn betrug am 1. Juli 1907: Stundenlohn: 21–25 Pf.: 1, 26–30: 3, 31–35, 36–40: 19, 41–45: 6, 46–50: 4, Tagelohn: 6 Arbeiter je 3,70 Pf. Wochenlohn: 25 Pf.: 1, 28–30: 4, Monatslohn: 116–175 Pf.: 7.

Die Gartenverwaltung zeigt nachstehenden Tiefstand der Löhne: Stundenlohn von 19 Pf.: 14 Gartenfrauen, 21–25: 2, 26–30: 5, 31–35: 20, 36–40 Pf.: 12, Wochenlohn: 1 Arbeiter 22 Pf.: 1, 26 Pf. Die Durchschnittslöhne betragen: bis 1 Pf.: 7, über 1–2,8, bis 2,50: 3, über 2,50–3: 10, über 3–3,50: 15, über 3,50–4: 9, über 4–4,25: 2, 5,25: 1.

Es hatten 33 Arbeiter, die mehr als 280 Tage arbeiteten, einen tatsächlichen Jahresverdienst bis 600 Pf.: 5, über 600 bis 900: 3, über 900–1200: 22, über 1200–1500: 3.

An dieser Lohnsituation sind noch die Überstunden, die bis zu 12 Proz. ihres täglichen Einkommens durch Überzeit verdienten. In den letzten 2 Jahren haben 51 eine Lohnerhöhung erhalten, während 5 leer ausgegangen.

So beträgt nun der Lohn nach dem Stande vom 1. Juli 1907: Stundenlohn: 21–25 Pf.: 1, 26–30: 7, 31–35: 50, 36–40: 13, 41–45: 2, 28 Wochenlohn: 6,50 Pf.: 1 (Frau), 22: 1, 29: 1.

Das Postamt weist folgende Löhne auf: Stundenlohn: 21–25 Pf.: 12, 26–30: 5, 36–40: 10, 41–45: 1, Wochenlohn: 6,50 Pf.: 1 (Postmutter), 15: 1, Nebst 162 Pf. für freie Wohnung, 18: 1, 20–22: 7, 25 Pf.: 2. Die in Wochenlöhnen Beschäftigten sind Heizer. Es ergibt sich folgender Durchschnittslohn: Tagelöhne: bis 1 Pf.: 3 Schenken, über 1–2,50: 10 Schenken, über 3,50: 3 Schenken, über 4–4,75: 2 Heizer, bis 3,75: 5 Arbeiter, bis 4,50: 1, über 4,50–4,75: 4 Heizer, über 5–5,75: 5 Heizer.

21 Arbeiter haben über 280 Tage gearbeitet im Jahre 1900. Der tatsächliche Jahresverdienst betrug bis 600 Pf.: 6 Arbeiterinnen, über 600–1200 Pf.: 7 Arbeiter, über 1200–1500: 8.

An den Überstunden nahmen 6 Arbeiter teil, von deren Gemeinschaftsmonat bis 10 Proz. durch die Nacharbeit entstanden. 19 Arbeiter erhielten in den letzten 2 Jahren eine Lohnerhöhung, 11 erhielten nichts.

Nach dem Stande vom 1. Juli 1907 beträgt der Stundenlohn 21–25 Pf.: 6, 36–40: 30, 41–45: 8, Wochenlohn von 20 Pf.: 1 Arbeiter.

Zur Elektroinstallationswerke sind folgende Stundenlöhne festgestellt: 26–30 Pf.: 7, 31–36: 12, 36–40: 2, Wochenlohn: 6 Pf.: 1 Arbeiterin, 15: 1 Monteurin, 20: 1 Kauflandarbeiter. Der durchschnittliche Tagessverdienst betrug: bis 1,25 Pf.: 1 Schenken, bis 2,50: 1 Monteurin, bis 3: 1, über 3–3,50: 7, über 3,50–4: 10, bis 4,25: 3.

5 Arbeiter des Elektroinstallationswerkes, die mehr als 280 Tage beschäftigt waren, hatten einen tatsächlichen Jahresverdienst bis 600 Pf.: 1 Monteurin, bis 900: 1 Arbeiter, über 900–1200: 5, über 1200–1300: 1. An den Überstunden beteiligten sich 5 Arbeiter.

heiter. Der Verdienst hierfür betrug vom Gesamteinkommen bis 6 Proz.; bei 3, bis 14 Proz.; 1, bis 24 Proz.; 1 Arbeiter.

In den letzten 2 Jahren erhielten 9 Arbeiter eine Lohn erhöhung, während 15 davon ausgeklöschen waren. Nach dem Stande vom 1. Juli 1907 hatten: Stundenlohn: 31—35 Pf.; 15, 36—40; 4, 41—45; 4. Monatslohn: 70 Mf.; 1, 90—110 Mark; 11, 115—120; 11, 125—150; 9, 155; 1, 190; 1.

Der Marktall beschäftigte 18 Mütter im Wochenlohn mit 21 Mf. Durchschnittlicher Tagelohn: bis 4 Mf.; 5, über 4—4,25; 5, bis 4,75; 2. Der wirkliche Jahresverdienst betrug bis 1300 Mf. bei 7 Müttern. Durch Überstunden brachten 12 Arbeiter ihr Einkommen in obige „Höhe“, und zwar bis 10 Proz. vom Gesamtverdienst; 2, über 10—20 Proz.; 10 Arbeiter.

11 Mütter erhielten in den letzten 2 Jahren Zulage, 2 nicht. Am 1. Juli 1907 erhielten 15 Arbeiter einen Wochenlohn von 23 Mf.

Auf dem Friedhof erhalten einen Stundenlohn von 31 bis 35 Pf.; 8, 36—40; 1. Bei der Forstverwaltung wurden den 8 beschäftigten Arbeitern 26—30 Pf. Stundenlohn gezahlt, doch ist in den Bemerkungen angegeben, daß die vorfrüchtigen Waldarbeiter im Sommer bis zu 55 Pf. pro Stunde Altordlohn verdienen.

Das Vermessungsamt zahlte 2 Mehrgehülfen 19 Mf. Wochenlohn, und je 1: 20 resp. 21 Mf.

Im Kinderfürsorgehaus erhielten 1 Gärtner und drei landwirtschaftliche Arbeiter je 19 Mf. Wochenlohn, außerdem 400 Mark Naturalbezüge.

Die Markthallenverwaltung beschäftigt 3 Arbeiter. Davor erhält 1 Wächter 21 Mf., 2 Arbeiter 22,50 Mf. pro Woche.

In der Fleischzerlegungsanstalt erhält 1 Arbeiter 21 Mf., 1 Maschinist 25 Mf.

Das Waisenhaus zahlt je 10 und 10,50 Mf. pro Woche an die beiden Arbeiter nebst freier Station.

Branddirektion: 1 Aufwartefrau 14 Mf., 1 Heizer 25 Mf. Wochenlohn.

In der Direktorialabteilung beträgt der Wochenlohn für 1 Steinrader und 1 Pressenarbeiter je 21 Mf.

Polizeiamt und Speiseanstalt endlich zahlen für

2 resp. 1 Arbeiter 2—2,50 Mf. Tagelohn.

Der wirkliche Jahresverdienst dieser zusammengefaßten Kategorien betrug: bis 600 Mf.; 4, über 800—1200; 11, über 1200—1400; 5, wobei zu beachten ist, daß über 300—320 Tage im Jahre von 8, 321—340 Tage von 1, 341—365 Tage von 8 Arbeitern dieser Kategorien gearbeitet werden mußte, um das vorstehende Resultat zu ergieben. Außerdem waren 17 Arbeiter an Überstunden beteiligt bis zu 12 Proz. ihres Gesamtverdienstes, doch ist diese Summe im vorstehenden Jahresverdienst bereits enthalten. Lohn erhöhungen sind in den letzten 2 Jahren bei 24 erfolgt, während 16 leer ausgingen.

Wer sich der Wahrheit unterzogen hat, diese Lohnpositionen der einzelnen Verwaltungsbetriebe aufmerksam zu verfolgen, dem sind jedoch die Augen aufgegangen über die geradezu trotzliche Lage, in der sich die Chemnitzer Stadtarbeiter gegenwärtig noch immer befinden. Aus den scheinbar nüchternen Zahlen spricht eine bereite Sprache und jeder billig Entende muß nach die jemals amtlich-statistischen Material den eindringlichen Forderungen unserer Kollegen zustimmen, die seit Jahren durch unsere Organisation Aufbesserungen und energische Reformen verlangen.

Aus den Münchener Gaswerken.

Wer hat nicht schon die ruhelige Geschichte vom heiligen Aquitanus gelesen? Mit einem silbernen Löffel wollte er das ganze Meer in ein Grubchen schöpfen. Das war selbstverständlich nicht möglich. Nun möchte ihm aber die Verwaltung der Münchener Gaswerke den Rang ablaufen mit einem ähnlichen Beginnen.

Die Lohnbewegung im Dezember 1907 hatte die Verwaltung verblüfft. „Ich kann gar nicht verstehen, daß sogar auch die älteren Arbeiter zu derartigen Zulässen gelangen,“ so sagte Herr Direktor Ries zu unserem Gauleiter Sevald. Dieses Rätsel löst sich freilich ganz einfach.

Am allerliebsten möchte man dem verhängten Verbände den Goraus machen. Nur fällt man die Geduld etwas ungelenk an. Seit einigen Tagen prangt nämlich folgender Plakat an den diversen Anschlagbrettern:

„Jede öffentliche Agitation, gleichviel zu welchem Zwecke, innerhalb der Fabrik ist untersagt; Anschläge in den Fabrikräumen und an den Arbeitsstellen müssen mit dem Genehmigungsvermerk der Direktion versehen sein.“

Eins! Da haben wir nun die Sicherung. Ganz natürlich brauchte man den Arbeiterausschuß nicht zu fragen, denn der kommt erst dann zu Ehren, wenn die Sache brenzlich wird. Nur dann soll er — nach Herrn Direktor Ries — seine Kompetenzen nicht preisgeben.

Ta wir aber nicht gut annehmen können, daß die Direktion in Zukunft uns die Verteilung des Zettel abnehmen will und diese „mit einem Vermerk der Direktion versehen“ — etwa der Aufsichtsrat zum vollzähligen Besuch der Versammlung? — selbst in ihren Betriebträumen und Arbeitsplänen zum Anschlag bringen will, so bleibt für uns nur die Schlussfolgerung, daß man uns damit Schwierigkeiten bereiten möchte.

Abgesehen von der nun einmal zwischen den Vertretern eines Unternehmens und den Arbeitern naturgemäß bestehenden Gegenseitigkeit bieten wir höchstens den Herrn Direktor immer noch für einen fortschrittlichen und aufrechten Mann. Niemals hätten wir uns begegnen lassen, bloß zu denken, daß er sich in dieser Weise zum Vollzugsorgan unablässlicher Anschauungen des Verwaltungsausschusses hergeben würde. Wir werden also unser Urteil bedeutend revidieren müssen. Daß dieser schwere Wind aus der Gegend des Verwaltungsausschusses kam, darüber könnten wir uns keinen Augenblick im Zweifel befinden. Hierfür bürgen uns schon die Namen: Schubauer, Lebrecht und Panzer, die im verwaltenden Ausschuß die Hauptgeige spielen. Nun sollen auch noch die Kompetenzen dieser Ausschüsse bedeutend erweitert werden, d. h. nicht etwa zugunsten der Arbeiter. Ganz im Gegenteil deshalb, damit man die Autogänge der Arbeiter nicht in öffentlicher Magistratur bewandeln braucht, sondern sie so ganz in den geheimen Zimmern lang- und langlos abtreffen kann.

Um aber auf den erwähnten Plakat zurückzukommen, so wäre zunächst die Preisfrage die: Was ist denn eigentlich „öffentliche Agitation“? — Tiefen will man selbstverständlich damit nur die Verbandsaktivität meint. Unseres Wissens hat sich noch kein Gasarbeiter belästigt gefühlt, wenn er einen Zettel als Versammlungseinladung in die Hand gedrückt bekam oder wenn ein solcher turzerhand im Aufenthaltsraum, der Rantine usw. angebrachten. Nicht einmal die in dieser Hinsicht außerordentlich tiblichen „Christligrat“ fühlten sich deshalb „belästigt“. Es lag also zu dieser Maßnahme wirklich kein rechtlicher Grund vor. Und wenn schließlich manchmal an das Ehrgefühl der einzelnen Arbeiter appelliert wurde, ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterbewegung zu erfüllen, so gehabt das immer noch in einwandfreier Form als die, mit welcher die Aufsichtsorgane fleißig die Arbeiter ermahnen, ihrer Pflicht nachzutkommen — zugunsten des Stadtstaates.

Was wird nun der Erfolg dieser Maßnahme sein? — Wo bisher wenigstens einigermaßen friedliche Zustände herrschten, da werden in Zukunft die Gegenseite um so mehr auseinanderstoßen. Da man auch nicht verlangen kann, daß die Arbeiter der Gasanstalt in Zukunft das Wort „Organisation“ während der Arbeitszeit nicht mehr in den Mund nehmen sollen, so wird sich herausstellen, daß dann mancher doch ein Wort zu viel sagt und — der Arbeiter soll dann jedenfalls bestraft werden. Natürlich immer vorausgesetzt, daß die Arbeiter dann zu allem und jedem „Ja und Amen“ sagen werden.

Mächtige Personen gibt es in jedem Betrieb und auch in der Gasanstalt mehr als genug. Solchen Leuten kommt die Bestimmung der Gasdirektion gerade recht, um ihre Mitarbeiter anzuhindern. Da kennen wir ja die Judentypen zur Genüge. Ob es aber im Interesse eines geordneten Betriebes vorteilhaft sein kann, auf solche Art das Spiegel- und Denunziationsgeschäft treibhausmäßig zu züchten, darüber dürften die Meinungen selbst im verwaltenden Ausschuß bedeutend auseinandergehen.

Die Verbandsaktivität wird aber nach wie vor trotz etwaiger Beschränkungen ihren Weg gehen. Auch die Versammlungen werden ebenso wie bisher stattfinden. Dochzens kann es für die Leute einen kleinen Heiz bilden, wenn aus den Einladungen „ein Geheimnis“ gemacht wird. Was eben bisher offen vor aller Augen, auch denen der Direktion, sich abspulte, wird nunmehr im Geheimen vor sich gehen. Ob das für die Verwaltung der Gaswerke vorteilhafter ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Daß solche Erlasse aber an unserer Organisation einen Deut ändern könnten, daran glaubt doch die Gasdirektion selbst nicht.

Eigentlich hätte es die Gasdirektion bezw. der Verwaltungsausschuß der städtischen Gaswerke verdient, daß die Organisation am Eingange der Gasfabriken in Zukunft einen Zettelverteiler postieren würde, damit sich gelegentlich auch die Passanten über die Belästigungen der Gasarbeiter orientieren könnten. Besonders ausgezeichnet würde es sich machen, wenn in der Nähe der Fabriken öffentlich plakatiert würde: „Die Verwaltung der städtischen Gaswerke am Pranger“ oder was eben beliebt „angenehme Tagesordnungen“ sind. Wenn wir bisher nicht zu derartigen Mitteln gegriffen haben, so deßhalb, weil uns der andere Weg der Verständigung innerhalb der Arbeitsplätze offen stand. Sollte nun

eine andere Praxis Platz greifen, die Organisation wird sicher nicht in Verlegenheit kommen.

Denjenigen Herren aber, die sich in dieser Sache gar zu sehr ins Zeug legten, sei hiermit ein Warngesignt aufgestellt; es könnte ihnen passieren, daß sie schon beim ersten Zusammentreffen ein hämmerliches Faust zu verzeihen hätten. Gemäß dem Sprichwort: „Trutz erzeugt Gegendruck“.

Wie uns aus München mitgeteilt wird, hat dort eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Gasarbeiter zu dem erwähnten Entschluß der Direktion Stellung genommen. Nach starker Verurteilung dieser Maßnahme seitens mehrerer Redner nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 19. März er. im „Petersteller“ tagende, sehr zahlreich besuchte Versammlung der Gasarbeiter bestätigt die Befürchtung, daß der jüngst herausgegebene Erlass betr. Agitation im Gaswerk dazu angeht ist, Misstrauen unter die Arbeiter zu bringen und das Spitzel- und Denunziantentum groß zu ziehen.“

Die Versammelten halten den Erlass schon deshalb für überflüssig, weil bisher irgendwelche Ausbreitungen der Arbeiter in keiner Weise nachgewiesen werden können; sie sind der Meinung, daß durch diesen Erlass den in der Organisation als Vertrauensleute fungierenden Kollegen ein Stück gedreht werden sollte, um sie gelegentlich — einen nach den anderen — zu mähdregeln. Die Versammelten erklären deshalb, etwaigen derartigen Versuchen in dieser Richtung ganz entzudenken und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten und so das Koalitionsrecht aufrechtzuhalten zu wollen!“

Rechenschaftsbericht der Generalkommission für 1907.

Der in Nr. 11 des „Corr. Bl.“ abgedruckte Rechenschaftsbericht der Generalkommission verdient die aufmerksamste Beachtung aller unserer Mitglieder. Wir lassen nachstehend einen Auszug aus denselben folgen und werden in nächster Nummer kurz über das Zentralarbeitssekretariat sowie das Arbeiterrinnensekretariat berichten.

Allgemeines. Im vergangenen Jahre haben die verbündeten Regierungen dem Reichstage ein für die gewerkschaftlichen Organisationen äußerst wichtiges Gesetz, den Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz, vorgelegt, der zurzeit noch zur Verhandlung in der Vereinssatzkommission sich befindet. In der vorliegenden Fassung wird der Entwurf von den Vertretern der Arbeiterklasse nicht angenommen werden können, doch war die Einleitung einer Agitation gegen das ganze Gesetz nicht erforderlich, sondern es erschien ausreichend, wenn die organisierte Arbeiterchaft gegen einzelne reaktionäre Bestimmungen des Gesetzes Protest erhob und hiervon dem Reichstag Mitteilung mache.

Man hatte erwartet können, daß, naddem die verbündeten Regierungen 37 Jahre mit der Ausführung der Verfassungsbestimmung, nach der das Vereins- und Versammlungswesen durch das Reich gesetzlich zu regeln ist, geziert haben, die freien politischen Bestimmungen, die in einem Bundesstaate in Deutschland vorhanden sind, als Grundlage für ein Reichsgesetz dienen würden. Diese Erwartung ist mit der Gesetzesvorlage nicht erfüllt, sondern es ist in ihr der Versuch gemacht, die Vereine und Versammlungen nach preußischem Verwaltungsmuster der Polizei unterstellt zu unterstellen.

Um die reaktionären Paragraphen des Gesetzesvorlasses bei der Verhandlung im Reichstage wirksam bekämpfen zu können, wurden die Gewerkschaftsräte erachtet, über die Polizeiparis gegenüber den gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen an die Generalkommission zu berichten. Ob das in dieser Weise zusammengebrachte Material zwecks Veröffentlichung bearbeitet werden wird, hängt von dem Ergebnis des Vereinsgesetzentwurfes ab.

Zu dem internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftscongres in Stuttgart im August 1907 waren, gemäß dem Vorschluge des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, 150 Delegierte aus Gewerkschaftsräten und die gleiche Anzahl aus Parteiteilen entjand. Die deutsche Delegation hatte vor Beginn des Kongresses eine Sitzung, um über eine einheitliche Bekämpfung der Demonstration am 1. Mai zu beraten. Zu einer endgültigen Beschlusftaufstellung kam es nicht, weil es als erforderlich angesehen wurde, daß auch der Parteitag in der Frage noch Stellung zu nehmen habe. Es wurde jedoch eine Verabredung über die Grundzüge d. für die Mai-demonstration zu halten haben, erzielt. Der Parteitag befahlte dann den Parteivorstand, die näheren Bestimmungen in Gemeinschaft mit der Generalkommission zu treffen. Nach längeren Beratungen wurde eine Vereinbarung herbeigeführt und der gesuchte Beschluss, der auch die Zustimmung der Konferenz der Vertreter der Zentral-

vorstände fand, den Gewerkschaftsräten seitens der Generalkommission übermittelt.

Es fand noch eine größere Zahl von Sitzungen mit dem Parteivorstand statt, zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung im gleichen Maße berührten. Unter anderem wurde auch zu den Beratungen über die Einigung mit den lokalen Gewerkschaften die Generalkommission eingezogen. In allen Fällen ist eine Einigung über die beratenen Fragen erzielt worden, und es ist zu keinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit nach erfolgter Aussprache gekommen.

Die Frage der Dienstbotenorganisation gab der Generalkommission mehrfach Gelegenheit zu eingehenden Beratungen und bedarf noch der endgültigen Beschlusffassung.

Der Anschluß an die Generalkommission wurde abgelehnt für den Verband der Haußierer und reisenden Händler, den Industrieverband für den Solinger Bezirk und den Verband der reisenden und gereist habenden organisierten Arbeiter.

Den Antragsanträgen der Verbände der Hoteldiener und der Kellner wurde von dem Gewerkschaftsausschuß zugestimmt.

In dem letzten Rechenschaftsbericht wurde mitgeteilt, daß die Generalkommission es abgelehnt habe, in Gemeinschaft mit bürgerlichen Sozialreformen einen Arbeiterrinnentag einzubauen, wie auch die Gewerkschaften aufzufordern, an diesem selbst teilzunehmen. Die Ablehnung erfolgte, weil die Gewerkschaften seit je bestrebt sind, die Lage der Arbeiterinnen unter Berücksichtigung der Eigenart der weiblichen Arbeit zu leben und, soweit dies möglich ist, auch die Geschlechterdifferenz dahin zu beeinflussen, daß eine wirkliche Entwicklung für die Arbeiterinnen geschaffen wird. Sowohl die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die ihnen zunächst obliegenden Aufgaben nicht unmittelbar an die gegebenen Gewerkschaft berantraten könnten, als die Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstage, die sozialdemokratische Fraktion, für die Arbeiterschaft im Reichstag tätig gewesen. Wollen bürgerliche Sozialpolitiker und bürgerliche Frauen eifrigst hierbei mitwirken, so ist ihnen hierzu ausreichend Gelegenheit gegeben und ihre Hülfe jederzeit willkommen.

Bemerkenswert ist noch, daß die Generalkommission eine Erbschaft von 15 000 M. gemacht hat. Erbasser ist ein Kaufmann Biol in Düsseldorf.

Agitation. Es sind Agitationssmissionen in Tätigkeit für Lippe und den nördlichen Teil von Westpreußen, für Posen und den südlichen Teil von Westpreußen, für Oberschlesien, für das Sauerland und Siegerland, für das Saargebiet, für Elsass-Lothringen, für Rheinland-Westfalen, für Nordbayern und für Schlesien.

Für die Bodensee-Länder (Österreich, Schweiz und Deutschland) besteht ein Informationsbüro, das den Zweck hat, die Organisationen in den am Bodensee liegenden Orten allwohentlich über die im Bezirk geführten Lohnbewegungen und Streiks zu unterrichten. Es werden dem Büro von der Gewerkschaftskommission Österreichs und der Generalkommission je 100 M. und von dem Bundesomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 60 M. pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Zu gelegentlichen Agitationseinfahrten in verschiedenen Bezirken wurden von der Generalkommission Zuschüsse geleistet. Ferner gewährte die Kommission auch Beihilfe zu den Kreisentlass- und Oberbürgermeisterwahlen in den Kreisen, in welchen diese Wahlen von besonderer Bedeutung waren und die erforderlichen Agitationsmittel von den Gewerkschaften am Orte nicht aufgebracht werden konnten.

Zu zahlreichen Anforderungen, Zuschüsse zur Gründung oder Erhaltung von Arbeitssektariaten, zur Anstellung von Gewerkschaftssekretären in einzelnen Orten und Bezirken, sowie zum Kauf oder zur Mietung von Versammlungsräumen konnte die Generalkommission nur in geringem Maße Folge geben. Das Bedürfnis für solche Einrichtungen ist wohl allgemein vorhanden, jedoch müssen die Gewerkschaften gegeben sein, die nach den Beschlüssen der Gewerkschaftscongres und der Konferenzen der Vertreter der Verbandsvorstände vorhanden seien müssen, wenn die Generalkommission Mittel für solche Einrichtungen zur Verfügung stellen soll.

Von der Generalkommission wurde auch der Versuch gemacht, durch Entfernung eines politisch sprechenden Agitators in die politisch neutralen Vororte des Gewerkschaftsraums mehr Eingang bei den politisch sprechenden Arbeitern zu schaffen. Es benötigt sich indessen auch hier, daß nicht durch gelegentliche Versammlungen, sondern nur durch fortgesetzte Kleinarbeit die Mitglieder für die Gewerkschaften gewonnen werden können.

Unterrichtsförsterei. Die von dem letzten Gewerkschaftscongres beschloßnen und von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtsförstereien haben zweck, die Teilnehmer in bestimmte Wissensgebiete einzuführen und ihnen Anregung zum Weiterstudium zu geben, vollständig zu erfüllen. Es sind vom August 1906 bis März 1908 insgesamt acht Kurse abgehalten. Von den 112 Teilnehmern entfielen der Verband der Maurer 34, Metallarbeiter 30, Transportarbeiter 24, Zimmerer 29, Bergarbeiter 25,

Tierarbeiter 22, Mäler 19, Bauarbeiter 15, Gemeindearbeiter 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Hafenarbeiter 10, Schmiede 10, Päder 9, Brauereiarbeiter 8, Gärtner 7, Schneidler 7, Töpfer 6, Stofftäteure 5, Barbier 4, Buchdrucker 4, Glasarbeiter 4, Steinarbeiter 4, Hoteldiener 3, Hutmacher 3, Lederarbeiter 3, Waschmänner 3, Steinseher 3, Blumenarbeiter 2, Buchdruckereihilfsarbeiter 2, Handlungsgeschäften 2, Schuhmacher 2, Sattler 2, Vergolder 2, Zigarrenmischer 2, Buchdrucker 1, Tischdecker 1, Fleischer 1, Gastwirtschäfiter 1, Handschuhmacher 1, Kutschermischer 1, Lithographen 1, Müller 1, Portefeuillier 1, Schiffszimmerer 1 und Wäschearbeiter 1. Außerdem enthandel das Arbeiterinnenkomitee 2 Teilnehmerinnen, und 5 Teilnehmer wurden von den Gewerkschaftskontrollen zur Teilnahme an den Kursen bestimmt.

Statistik. Die von der Generalcommission bisher geäußerten Statistiken über die Entwicklung der Gewerkschaften, die Lohnbewegungen, die Streiks und Aussperrungen, die Gewerkschaftsstatistiken und die Arbeitersekretariate sind im letzten Jahre in gleicher Weise wie in früheren Jahren aufgenommen und bearbeitet.

Die Hülfe der Gewerkschaften wird für die Arbeiten des Reichsstatistischen Amtes in immer umfangreicherer Weise in Anspruch genommen. Das ist erklärlich und selbstverständlich, denn Arbeiterstatistik läuft sich nur mit Hülfe der Arbeiterorganisationen betreiben. Auf der anderen Seite sollte dann aber auch die Statistik über die Streiks und Aussperrungen nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen werden. Dass man gerade bei der Statistik, die nur mit Hülfe der Gewerkschaften zuverlässig gestaltet werden kann, an dem alten System festhält und Jahr für Jahr falsche Angaben macht, ist bezeichnend für den Geist der preußisch-deutschen Staatsverwaltung.

Konferenzen usw. Neben der Konferenz von Vertretern des Zentralvorstandes wurde von der Generalcommission noch eine Konferenz von Vertretern der Organisationen berufen, die besonders unter den Wirkungen der Heimarbeit leiden. In dieser Konferenz wurde über die Fortführung der Agitation gegen die Heimarbeit beraten und wurde beschlossen, die weitere Agitation durch die einzelnen Verbände eventuell mit Unterstützung seitens der Generalcommission betreiben zu lassen.

Eine größere Zahl von Zusammenkünften mit einzelnen Verbandsvorständen war auch im letzten Jahre zwecks Regelung von Grenzstreitigkeiten erforderlich. Ebenso war die Entsendung von Mitgliedern der Generalcommission zu Konferenzen in den einzelnen Agitationsbezirken erforderlich, sowie auch die Delegation zu einer Sitzung des Zentralausschusses für die Gewerbegechtsbeutler in Dresden. Es gelang fast in allen Fällen, vorhandenen Streit zu schlichten und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

Internationale Verbindung. Die fünfte internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die im September 1907 in Kristiania tagte, hat an der

seit 1902 bestehenden internationalen Verbindung der Gewerkschaften wesentliche Änderungen nicht vorgenommen.

Von den europäischen Ländern, in welchen eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und eine gewerkschaftliche Landeszentrale besteht, gehört nur Frankreich dem internationalen Sekretariate nicht an.

Die internationale Verbindung ist gegenwärtig so weit ausgebaut, als sie bei der Beschränktheit der Aufgaben, welche die einzelnen Landeszentralen haben, ausgebaut werden kann. Eine weitere Ausgestaltung dieser Verbindung kann erst eintreten, wenn die Organisation in den einzelnen Ländern in bezug auf die Finanzstrafe und die Tafif eine mehr gleichartige geworden ist.

Presse. Das „Correspondenzblatt“ ist dadurch, daß die umfangreichen Statistiken und die Adressenberichte in besonderen Beilagen beachtigt werden, wesentlich verbessert worden.

Die Auflage des „Correspondenzblattes“ betrug im Januar 1907 21 300 und Ende Dezember 1907 23 600 Exemplare gegen 16 400 Exemplare Anfang 1905 und 17 700 Anfang 1906.

Das italienische Blatt „L'Operaio Italiano“ wurde auf Wunsch der Organisation der Maurer und der Bauarbeiter von Berlin nach Hamburg verlegt. Seine Auflage betrug Ende 1906 12 300, Ende 1907 10 650 Exemplare. Die Höhe der Auflage wechselt nicht nur mit der Jahreszeit, sondern auch mit der Konjunktur im Baumgewerbe. In den Sommermonaten steigt diese und erreichte Mitte 1907 mit 15 800 den höchsten Stand.

Bei dem polnischen Blatt „Dziwata“ ist gegenüber dem Vorjahr eine Aenderung in der Ausstattung und der Erhebungswweise nicht eingetreten. Das Blatt hatte Ende 1906 eine Auflage von 6000 Exemplaren und Ende 1907 eine solche von 6500 Exemplaren.

In den letzten Jahren ist wiederholt die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßig sei, daß die Generalcommission eine eigene gewerkschaftliche Buchhandlung errichtet, damit der gewerkschaftliche Literatur in weiteren Kreisen Eingang verschafft wird. Es ist jedoch schließlich von der Ausführung dieses Projektes Abstand genommen und den Gewerkschaften empfohlen worden, ihre Literatur der Buchhandlung Vorwärts in Nominationenverlag zu geben.

Affassenbericht. Die Steigerung der Einnahmen der Generalcommission hat erfreulicherweise auch im verlorenen Jahre angehalten. Das Brutto gegenüber dem Vorjahr beträgt 77 412,61 M. Die Gesamteinnahme beträgt 574 943,87 M. in l. ill. Bestand von 254 764,94 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 226 710,98 M. gegenüber, so daß der Vermögensstand 348 232,89 M. beträgt. Für Streiks und Aussperrungen sind 200 254,21 M. eingenommen und etwa 195 000 M. ausgegeben worden; davon haben erhalten die Bauarbeiter 106 200, die Hafenarbeiter 23 700, die Schneider 12 650, das Landeskonservat in Bulgarien 6000, dasosige in Norwegen 10 000, das Ungarische Gewerkschaftsrat 3000, das Streikomitee in Lodz 29 557, die Päder in Warshaw 1200 M. Die Kosten für die Agitations-

Karl Marx und die Arbeiter. (Schluß)

(Zu Marx' fünfundzwanzigstem Todestag, † 14. März 1883.)

Die Maschine hat man benutzt, um Euch individuell zum Sklaven zu machen — läßt einer für sich das Räderwerk zur Unzertrennlichkeit. So wird ihm die Maschine zerstört. Und damit Ihr nur dem einen Gott dient, dem Gott Maschine — Kapital, bat man Euch jedes Besitztum geraubt, Euch wertlos gemacht. Rechtlich besteht Ihr nichts als Euch selbst, aber kein Ding außer Euch. Und siehe da, man hat Euch doch in der Gesamtheit die Maschine in die Hand geben müssen und als Gemeinde, als Gesamtarbeiter, verfügt Ihr tatsächlich dennoch über sie! Tatsächlich seid Ihr als Gesamtheit Herren aller Maschinen der Welt, wenn Ihr nur als Gemeinde denkt und handelt und Ihre Herren sein wollt.

Ziehe da, nun strömte auf einmal die unermüdliche Gedankenfülle des Sozialismus aus den Höhen der Gelehrsamkeit als befriedigender Regen nieder auf die verdoerte durstige Erde des Proletariats. Wissenschaft und Arbeit waren vermählt und nicht im Traumland der Utopien, sondern in der alltäglichen Praxis der Arbeitsteilung.

Wer schien ein gefährlicher Feind der Arbeiterschaft zu sein, als die Wissenschaft? Sie war es, die im Dienste des Kapitalismus Maidaine um Maidaine erstand, die alle Arbeitsweisen revolutionierte und immer mehr Menschen proletarisierte, immer mehr die Arbeit der Proletarier erforderte. Und dieselbe Wissenschaft sollte nun selbst dem Proletariat gewonnen sein?

Der Proletarier, der noch geistig im bürgerlich-bürgerlichen Leben steht, verfügt sein eigenes Leben, als seine Sehnsucht sieht die frühere Wirtschaftsweise vor seiner Seele. Je mehr er sich einlebt, um so mehr erfährt und begnügt ihn die Bewunderung der Technik, um so schwerer peinigt sein Gehirn der Widerspruch: Diese Technik erfordert Arbeit, aber sie erfordert sie nicht nur; sie erfordert Arbeit und erhöht meine Arbeitsqual. Dieses ständige Wenden der Technik — woher kommt es und wohin führt es?

So ersteht für den Arbeiter, für den die Frage: Woher und wohin? im Sinne unserer Vorfahren ungelöst und sinnlos geworden, neuerdings die Frage von den letzten Gründen und Zielen — nicht aus philosophischer Spekulation, sondern aus des Lebens Notdurft, als Lebensfrage. Und Marx gibt ihm auch hierin zum erstenmal eine Antwort. Er beschreibt nicht nur die kapitalistische Gesellschaft, wie sie ist, er gibt auch das Gesetz ihrer Entwicklung: Die fortschreitende Akkumulation von Kapitalien auf der einen, von Lohnarbeitern auf der anderen Seite; fortwährender Kapitalismus hier — fortwährender Sozialismus dort. Und dieser Wandel von sich gehend in der Wellenform zytischer Überproduktion und Krise.

Das sind Lehrsätze, die theoretisch aus den Grundsätzen nur mit großem Aufwand von Gelehrsamkeit bewiesen werden können, so schwer wie der Beweis der Umdrehung der Erde um die Sonne aus den Laufbahnen der Planeten. Dieses mathematischen Beweises bedürfen wir heute nicht mehr, wir schauen die Bewegungen heute unmittelbar so an. Der Arbeiter, der mitten in der Ökonomie, hart an dem Ding selbst steht, schaut dieses Ding selbst und täuscht sich nicht. Nicht weil er an sich klüger wäre als andere Menschenkländer, sondern weil er, vorerst aber übertriebenen Vorstellungen und Vorurteile schmerzlich entkleidet, jedes Leidinteresses gewaltsam entblößt, mitten hineingeworfen ist in den Strom des wirtschaftlichen Geschehens. Ausdehnung der Produktion oder Krise — für den Gelehrten Gedankengänge, für den Kapitalisten Profitmanöver, für den Arbeiter Überstunden, sehr konkrete Überstunden oder ebenso konkrete Arbeitslosigkeit. Das Entwickelungsgesetz des Kapitalismus ist ein Stück individueller Geschichte jedes Arbeiters, nicht Spintifizierung, als welches es dem Literaten erscheinen kann. Junge Arbeiter hören — den Schlag im Herzen — oft nur mit halben Ohren zu, wenn man diese Dinge vorträgt; aber in einem Jahrzehnt, wenn sie den Wellengang des Kapitalismus selbst erfahren haben, kommen sie selbst darauf, sie leben und wachsen in die Marxistischen Gedankengänge hinein. Nichts törichter als das bürgerliche Gefasel, das vorwiegend junge Arbeiter infolge

Kommissionen, die Secretariate und für die allgemeine Agitation usw. betragen über 60 000 M., die für die Unterrichtsliturgie 6000 M., die für das „Correspondenzblatt“ über 44 479 M., die für das italienische und für das polnische Gewerkschaftsblatt etwa 32 000 M., die für das Centralarbeitersecretariat etwa 13 456 M. Das Centralarbeitersecretariat hat eine Steigerung der Ausgaben von rund 2000 M. aufzuweisen, dieselbe ist zurückzuführen auf die Einstellung des fünften Angestellten.

Zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen wurden im verflossenen Jahre 6 Sammlungen ausgezehrten. Drei für das Inland und drei für das Ausland.

Das Haushaltsbudget eines Leipziger städtischen Arbeiters.

Für jeden Haushalt ist es notwendig, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Bei den heutigen Verhältnissen ist es leicht möglich, in Schulden zu geraten, und aus diesen wieder herauszufommen, ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich. Der Verbandsvorstand hat durch Einführung des Notizkalenders, in welchem statistische Tafeln über Einnahmen und Ausgaben enthalten sind, Belegenheit geboten, eine Statistik über die Einnahmen und Ausgaben anzufertigen. Jeder Kollege sollte es nun versuchen, eine genaue Aufstellung zu machen, um einen Überblick über die Lebenshaltung, die er zu führen gewünscht ist, zu erhalten. Der Verdienst der städtischen Arbeiter ist nicht so bemessen, daß er immer für die notwendigsten Bedürfnisse reicht. Infolgedessen muß die Frau und oft müssen Kinder mit zum Erwerb des Unterhaltes beitragen. Wo dies durch ungünstige Verhältnisse nicht geht, ist der Arbeiter gezwungen, einen Nebenerwerb zu suchen, um seine Familie zu erhalten. Die Folge davon ist, daß seine Kräfte vorzeitig aufgebraucht werden, und die Familie ist durch seine Bruthaftigkeit der Not und dem Elend preisgegeben. Staatl. und Gemeindebetriebe sollen mustergültig sein und für die Privatindustrie vorbildlich wirken. Bekannt ist jedoch, daß die Löhne in den Gemeindebetrieben auf dem niedrigsten Niveau gehalten werden. Die Gemeinden sollen ihren Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zahlen, damit sie (die Arbeiter) den Forderungen, die der Staat und die Gemeinde in bezug auf Steuern, Schule und sonstige Abgaben an sie stellt, gerecht werden können. Aus diesem Grunde haben die Arbeiter in städtischen Betrieben die Forderung auf Einführung von sozialisierten Löhnen gestellt. Arbeiter, welche eine zahlreiche Familie zu ernähren haben, können mit dem Lohn, welcher bei der Stadtverwaltung gezahlt wird, nicht auskommen.

Holgende Statistik eines städtischen Arbeiters in Leipzig soll einige Aufschluß darüber geben.

Die Jahres-Einnahme betrug	1418,00 M.
Ausgabe	1698,49
Deficit	280,59 M.

des Leidens und Temperaments der Jugend Sozialdemokraten sind. Im Gegenteil. Die Jugend fordert ihr Recht, das Streben nach der Begründung des Hauses standes mit allen seinen lieben und unliebsamen Wirkungen beherrscht sie; das erste und auf den Arbeiter und die junge Frage, in welche Weltordnung der Junge hineingeboren und hineinwachsen wird, haben mehr Sozialisten und Marxisten gemacht als alle jugendliche Begeisterung.

Der Arbeiter aber, der das Woher und Wohin dieser kapitalistischen Welt nach Marx begriffen hat, gewinnt die Welt wieder. Wieder gewinnt er zuerst die Freude an seiner Arbeit. Das Spiel der Maschinen, die Wunder der Technik betrachtet er nun mit neugierigen, erwartungsvollen Augen. Er sieht mit Stolz die Leistungsfähigkeit der eisernen Giganten und lächelt über die lärmenden Betriebsbeweisen der Alten; er hört auf, sich zurückzuziehen. Die staunenregende Pragmatismus, die strenge Zweckmäßigkeits, die stramme Organisation der Fabrik nötigen ihm Achtung ab. Er beginnt überall in der Wirtschaft und im Leben den rationalen Betrieb zu fordern! Alles modern, alles rationell auch in Gemeinde und Staat! Überall die wissenschaftliche Methode, auch in Schule und Amt! Keine Rücksicht auf törichte Überbelastungen, kein Kompromiß mit dem Rationalen! Glaubende Begeisterung für Wissenschaft und Technik, glühender Reformeiter sind die unablässlichen Folgen der allmächtigen Revolutionierung seines Gebiets.

Und wie die Maschine täglich vor seinen Augen das Unmögliche möglich macht, so erfüllt ihn der feste Glaube, daß dem Menschen nichts unmöglich und dem Menschenwollen nichts unerreichbar ist.

Trotzdem aber vollziehen sich alle technischen Umwälzungen auf Kosten der Arbeiterschaft und jeder neue Schlag, der ihm trifft, bestätigt seinen Widerstand auf. Nicht Schuld der Wissenschaft, sondern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist es, das alles Heil vorläufig zum Unheil ausschlägt. Als „Gesamtarbeiter“ beginnt er sich zur Welt zu sehen und muß sich dazu im einzelnen Betrieb, in der einzelnen Branche, auf der ganzen Welt als Gesamtarbeiter organisieren und der „Arbeitsgemeinde“ die rechtliche An-

Das Einkommen ist auf 365 Tage berechnet, da jeder Arbeitsstag bezahlt wird, es beträgt demnach pro Tag	8,86 M.
Die Ausgaben pro Tag	4,62
Gehaltbetrag	-7,76 M.

Ausgaben spezialisiert:

Anzüge, Mützen usw.	63,30 M.	Lebensmittel:	
Schuhwerk	65,50	Fleisch	154,71 M.
Seife, Soda usw.	16,25	Brot	95,08
Bücher und Schreibmaterial	5,90	Margarine	102,04
Leibwäsche	21,80	Teig	10,33
Constitut Gebrauchsgegenstände	75,24	Milch und Quark	18,93
		Eier	14,78
		Früchte	10,71
		Sirup	9,88
		Milch	48,60
Summa	247,39 M.	Brot	148,07
Arzt, Gebammens-Aufwartung	41,80	Constitut Gebäck	131,86
Heizung, Beleuchtg.	67,02	Kartoffeln	32,66
Tischengeld pro Woche 1,50 M.	78,—	Kaffee	18,90
		Wurst	9,05
		Ei und Del	4,42
		Zucker	17,06
Mietzins	228,80 M.	Butter	2,96
Steuer	35,76	Einfaches Bier	4,67
Schulgeld	9,60	Kaffee, Schokolade	8,08
Lebensversicherung	10,40	Mehl	10,72
Verbandssteuern	20,80	Obst	8,58
Polt. Organisation	5,20	Blumenmusp	2,18
Zeitung	11,40	Hülsenfrüchte	17,69
Abwanderersteuerberg.	9,36	Gewürze	11,27
Epielschule	34,90	Summa	888,00 M.

Man lese diese Aufstellung aufmerksam durch, redne nach, ob der Arbeiter mit seiner Familie, welche acht Köpfe zählt, vielleicht zu luxuriös gelebt oder überhaupt zu große Ansprüche gemacht hat. Die Lebensmittel und alle anderen Bedarfssachen sind ungemein gestiegen; die Hülsenfrüchte, die noch den meisten Nährstoff haben, sind so teuer, daß die Arbeiter auf Brot und Kartoffeln angewiesen sind. An einem Ausspruch des Überbürgermeisters Dr. Tröndlin sei hierbei erinnert; er sagte: „Die Teuerung ist eine vorübergehende; wenn die Arbeiter kein Fleisch hätten, so gäbe es eine Menge anderer Nahrungsmittel, die das Fleisch ersetzen.“ Die anderen Nahrungsmittel haben jedoch mit den Fleischpreisen mindestens gleichen Schritt gehalten. Eine Unterernährung findet bei der ärmeren Bevölkerung statt, das ist nicht wozulängen. Auf alle Kulturrerungen und Versorgungen muß verzichtet werden, dazu reicht der Lohn nicht aus, obgleich auch der Arbeiter durch seine aufreibende Tätigkeit eine Zitterung und Ablenkung von den Sorgen des Alltags notwendig hätte. Sein Bestreben muß nur darauf gerichtet sein, den notwendigen Lebensunterhalt für seine Familie zu beschaffen. Zu

erlebenung als Gemeinde erzwingen. „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Er weiß von Marx, daß er es muß, und darum will er es doppelt, aus Instinkt und Erkenntnis. Nun ist der Sozialismus nicht bloß Gedankeninhalt des Proletariats, sondern sein lebendiger Willen. Der Sozialismus wird aus der Weltanschauung einer klasse zur politischen Partei, zur Weltpartei der Arbeit, welche die ganze vorwärtsstrebbende Menschheit führt. Und so hat, nach Marx' Wort, der Proletarier nach dem völligen Verlust des Menschen die Menschheit widererstellt und wiedererwonnen, wiedererwonnen auch die Übereinstimmung des gesamten Weltbildes mit dem individuellen Dasein. Eine neue Welt ist empfangen worden in dem Schoße der Geschichte, und wir harren der Stunde, wo sie herrscht ins Leben tritt, größer und schöner als alle vor ihr.

Für die schöpferische Vermählung von Wissenschaft und Arbeit, von Denken und Tun, von Forschung und politischem Kampf ist die Person Karl Marx' ein lebendiges Vorbild, die sichtbare Verkörperung seiner eigenen Ideen. Als politischer Kämpfer und Flüchtling zwischen Köln, Paris, Brüssel und London, als Agitator und Organisator der Revolution erfordert er die Grundgesetze der politischen Ökonomie. Mitten unter der Ausarbeitung des „Capital“ begründet und lebt er die Internationale. Der Mann aller abendländischen Kulturen, Deutscher, Franzose und Engländer nach seinem Willen und können in einer Person, in allen Ländern ein Fremder und doch der Herrscher über die Geisteskräfte aller Länder, verkörpert er die Internationale und führt den Krieg gegen die herrschenden Mächte aller Länder zugleich, während er in stiller Gedankenverfassung die geheimten Zergänge der bürgerlichen Weltordnung durchdrückt. So wob er am laufenden Webstuhl der Zeit, das Haupt des unermäßlichen gewaltigen Gesamtarbeiters der Welt, und wie sein Denken für die Proletarier aller Länder für jeden ein unvergängliches, individuelles Erlebnis geworden, so bleibt sein haaramtantes Löwenhaupt nur jedem Zuge eingegraben in Hirn und Herz aller arbeitenden Menschen, jetzt und in allen Zeiten.

dem Bewußtsein muss aber ein jeder städtischer Arbeiter kommen, daß es seine Pflicht ist, zur Wenderung der beständigen Zustände beizutragen, und das kann er, indem er sich dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließt. Aufklärung und Reden über die Misserfolge der Arbeiter kann nur zu dem Ziel führen, welches wir uns gestellt haben. Darum, stellen, auf gewacht! Trage jeder seinen Teil dazu bei, indem er diesen Anregungen Folge leistet; nur so können wir vorwärts kommen, wenn wir durch Zahlen beweisen können, wie unsere Lebensweise beschaffen ist. „Nur der erwirkt sich Freiheit und das Leben, der fähig sie erobern muss.“ Er.

Wir möchten hierbei den dringenden Wunsch wiederholen, daß recht viele Stellen ihre Einnahmen und Ausgaben im Notizkalender täglich eintragen und das Resultat am Schlusse des Jahres an den Verband verstanfen senden. Das Sammelergebnis wird dann ein jüdisches und einwandfreies Material sein, um sowohl als Unterlage für unsere Forderungen wie auch zur Aktion zu dienen. T. Med.

Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Eine wichtige Entscheidung für Krankenfassenmitglieder. Nach der auf Grund von § 26a, Absatz 2, Riffel 2 des Krankenversicherungsgesetzes getroffenen Verordnung im § 14 des Statutes der Ortskrankenfasse Leipzig wird Personen, welche die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von 12 Wochen für 34 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt werden ist, während der nächsten sechs Monate Krankenunterstützung nur bis zur Gesamtdauer von 13 Wochen auswählt“. Die erste für die Anwendungsfertigkeit dieser Ausnahmestellung maßgebende Bedingung — Bezug von Krankenunterstützung während 34 Wochen — war in dem Stieftafle von einem Hohenmitgliede erfüllt. Ebenso hatte die beklagte Ortskrankenfasse das Vorhandensein eines neuen Unterstützungsfalles für die Zeit vom 5. August 1905 ab anerkannt; denn sie hatte dem Kläger von diesem Zeitpunkt an wiederum Krankenunterstützung, wenngleich nur auf 13 Wochen, gewährt. Sie verneinte aber eine weitergehende Verpflichtung mit der Behauptung, diese anderweitige Erfahrung hätte ebenso wie die vorhergehende in Kleistofit und mit ihr verbundenen vorwiegend neutralenischen Beobachtungen bestanden. Dagegen hat der Kläger vergebracht, er sei vom 5. August ab nicht infolge vom Kleistofit, sondern infolge eines Lungeneleidens krank und erwerbsunfähig gewesen. Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat diese Angabe als unerheblich zurückgewiesen, da bei dem Kläger, der an alterer nervösen Beschwerde gelitten habe, nur Anzeichen beobachtet worden seien, die eine Affektion der Lungenregion wahrscheinlich machen, während es an einem Beweise dafür fehle, daß vom 5. August ab tatsächlich eine Lungenerkrankung vorgelegen habe. Dieser Ansicht vermodete sich das Oberverwaltungsgericht nicht ohne weiteres anzustelligen. Es sieht in seinem Urteil aus: § 11 des Statutes sei nur dann anwendbar, wenn der neue Unterstützungsfall durch die gleiche, nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden sei. Es müßten also der frühere und der neue Unterstützungsfall auf dieselbe Krankheit im medizinischen Sinne zurückzuführen, leichtere müsse eine einheitliche sein. Nicht darauf, ob die Krankheitsscheinungen beide Male die nämlichen gewesen seien, kommt es an, sondern darauf, ob ihre Ursache die gleiche gewesen sei. Die Entscheidung über das Rechtsmittel hängt hierauf zunächst von der Beantwortung der Frage ab, ob eine Heilbehandlung erfordernde Lungenerkrankung schon während der am 15. März 1905 abgeschlossenen Krankheitsperiode bestanden habe und ob eine derartige Erkrankung am 5. August 1905 nachgewiesen oder doch mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei. Da für die Beantwortung dieser Fragen die Alten und die vorhandenen ärztlichen Gutachten keinen ausreichenden Anhalt boten, habe das Oberverwaltungsgericht ein ärztliches Gutachten eingeholt. Nach diesem galt als festgestellt, daß während der 34 Wochen andauernden Unterstützungsperiode ein Heilbehandlungs erforderndes Lungeneleiden beim Kläger nicht bestanden habe, ferner daß seine späteren 12 bzw. 10 Tage währenden Erkrankungen ihre Ursache nicht in der auf Kleistofit beruhenden Neurosenphorie, während welcher er ausgespielt gewesen sei, gegeben hatten, sondern sich als neue selbständige Krankheiten im medizinischen Sinne darstellten. Es steht ihm daher abgültig der Sonn- und Kurenzettel für 16 Tage ein Anspruch auf das Rentengeld zu. Enzweit sei die Kasse zu verurteilen.

Notizen für Gasarbeiter.

Schönebeck. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der bissigen Gasanstalt, der Thüringer Gasgesellschaft zu Leipzig gehörig, sind nichts weniger als glänzend. Die Löhne, die bezahlt werden, sind nicht ausreichend zum notwendigsten Lebensunterhalt einer Familie. Die Gasarbeiter bekommen 30 Pf. pro Stunde, die Cen-

arbeiter 31, 33, 35 und 39 Pf. je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Auch eine Wohlfahrtsseinrichtung ist geflossen. Es gibt nämlich sogenannte Ehrengaben, die solche Arbeiter erhalten, die in einem dauernden Arbeitsverhältnis stehen. Wer 5 Jahre pedient hat, erhält 50 Mark, in 10 Jahren 100 Mark, in 15 Jahren 150 Mark, in 20 Jahren 200 Mark, in 25 Jahren 250 Mark, jede 5 Jahre weiter 50 Mark mehr. Diese Ehrengaben bekommen die Arbeiter aber nicht in bar, sondern es wird ihnen ein unbekanntes Sparschiffenbuch ausgehändigt. Es wäre besser, die Gesellschaft zahlte höhere Löhne. Läßt sich ein Arbeiter etwas zu schulden kommen, so wird er mit dem Verlust eines halben oder sogar eines ganzen Tagelobnes bestraft. Die Wadenthal befindet sich in einem schlechten Zustande. Waschbedien und Brause sind wohl vorhanden, aber nicht zu gebrauchen. Eine Vorrichtung zum Hausschlüssel fehlt. Auch sind zu wenig Schränke vorhanden.

Aus den Stadtparlamenten.

Gebweiler. Die Einführung einer Ruheordnung und eines neuen Lohnkattos für die städtischen Arbeiter fand die Zustimmung des Gemeinderates. Nach der Ruheordnung haben die städtischen Arbeiter nach zehnjähriger Tätigkeit, vom 23. Lebensjahr an gerechnet, Ansprüche auf 40 bis 75 Proz. des Lohnes je nach der Zahl der Dienstjahre. Die Löhne der Arbeiter wurden um 20 Pf. pro Tag erhöht.

Habersleben. Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der Gasanstalt wurden 2000 M. ausgeworfen für die Unterstützung in Not geratener Gasangestellter. Auch bezieht die Stadt die Vergütung von Geldgeschenken. — Eine Lohnhöhung wäre zweitmäfiger gewesen, kostet allerdings mehr und — macht nicht sonderlich Eindruck nach außen!

Lunberg a. W. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich mit der Vergütung der städtischen Arbeiter. Besoldeten wurde, die Beiträge und den Rechtsanspruch der Arbeitnehmer einer sozialen Kommission zu überweisen, wozu auch zwei städtische Arbeiter herangezogen werden sollen.

München. Der „Woch. Post“ entnehmen wir im Auszuge nachstehenden Bericht: Der ultramontane G. W. Riggauer hatte den Antrag gestellt, ab 1. Juli die Löhne der städtischen Arbeiter Kategorie II und III um 20 Pf. zu erhöhen. Dieser Antrag, der nur einem Bruchteil der städtischen Arbeiter eine Lohnausbeferung bringen würde und der pro Jahr eine Mehrausgabe von 111 000 M. im Gespilde hätte, sah die liberalen Arbeiterfreunde in nicht geringe Verlegenheit. Ignatius Schön, der Rektor, verwies zunächst darauf, daß der Verband der Gemeindearbeiter eine vom Bauleiter Gebäld ausgearbeitete Tatschrift überreicht habe, in der für alle Kategorien eine Aufbesserung um 40 Pf. gefordert werde. Herr Schön erklärte aber, daß man jetzt kein Geld habe, weshalb man den Antrag zugleich mit der Tatschrift Gebäld der sozialen Kommission überreichen solle. Herr Riggauer meinte, die soziale Kommission habe seinen Antrag schon einmal abgewiesen, man folle den Antrag, dessen Begründung Schön auch anerkannt habe, dem Magistrat zur Begründung hinübergeben und außerdem solle der Magistrat endlich einmal mit den Arbeiterorganisationen selbst verhandeln. — Genoss Raith führte hierzu aus: Ich habe es verlangt, daß man mit der Einsicht kommt, man habe keine Mittel. Die Mehrheit soll die Mittel aus der selben Stelle nehmen, aus der sie die Mittel für die Aufbesserung der Bürgermeister und Richter und der Beamten genommen hat. Mit der wohlbewilligten Erklärung, daß man die Notwendigkeit einer Aufbesserung einsehen, sei den Arbeitern nicht geboten, davon könne ich kein einziges Arbeiterkind profitieren. Als wir im Herbst Anträge auf Verbesserung der städtischen Arbeiter stellten, haben auch die Ultramontane gegen unsre Anträge gestimmt! Wir wissen wohl, daß der Antrag Riggauers ungünstig ist, wir werden aber doch für ihn stimmen, um wenigstens diesen beiden Kategorien eine Aufbesserung zuzumessen zu lassen. Wie soll ein Arbeiter, der nach Angabe für Witte und Bevölkerungsbeiträge 15 M. pro Woche zur Verfügung hat, seine Familie nähren, sobald nach einem in den „M. W. R.“ veröffentlichten Haushaltstabgebets werden als Minimum 25 M. gefordert. Die Aufbesserung der städtischen Arbeiter beträgt ja nun 3 Proz., die Steigerung des Aufwands für den Lohnunterhalt beträgt aber 25 Proz. und mehr. Da bleibt also nichts anderes übrig, als den Hungernden noch enger zu idhalsen, die Frage ist nur die, ob das noch möglich ist. Riggauer kennt die soziale Kommission, in die Herr Schön den Antrag beziehen will, sehr genau, er ist in ihr Mitglied. Würde der Antrag der sozialen Kommission zugestellt, dann würden die Staatsberatungen wieder beraten, ehe etwas getan würde, vor der Staatsberatung hatte man natürlich kein Geld, weil man den Etat ohne Erhöhung der Umlagen um 1 Tag bringen will. Wir fordern daher ganz entschieden, daß dieser sehr bedeckende Antrag dem Magistrat zur Begründung hinübergegeben wird. — Nach langer Debatte, in der Herr Schön (lib.) u. a. sagte: „Wir sind im allgemeinen (1) arbeiterfeindlich,“ kam es zur Abstimmung. Sozialdemokraten

und Ultramontane erheben sich und ohne viel Zeterlebens zu machen, erklärte Vorstand Schwarz, die Überweisung an die soziale Kommission — d. h. die Hinauschiebung einer so dringenden Forderung — ist beschlossen. Wenige Maith (Soz.) beweigten jedoch das Resultat der Abstimmung. Die Stimmenzählung ergab, daß die Sozialdemokraten und die Ultramontanen mit 23 gegen 22 liberale Stimmen in der Mehrheit waren. Es war also die Würdigung beschlossen. Nun hat der Magistrat das Wort. Den liberalen Arbeitervrienden ist jetzt Gelegenheit gegeben, von ihrer so oft verfeindeten Freundschaft Gebrauch zu machen und nicht nur den Antrag Riggauer, sondern auch die Tatschrift des Gemeindearbeiterverbandes in einem vernünftigen Sinne zu vertheidigen. — Wie wollen hoffen, daß den ausgiebig begründeten Forderungen unserer Münchener Kollegen dabei die gebührende Beachtung zuteilt wird.

Rückberg. Dem Beschuß des Gemeindeskollegiums, den Mindestlohn für den unständigen ungelernten Arbeiter des Bauamts auf 3 Ml. (bisher 2,50 Ml.), für die ständigen ungelernten Arbeiter auf 3,10 Ml. (bisher 2,75 Ml.) festzusetzen, ist der Magistrat begegneten. — Endlich?

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Ganz eigenartige Anschauungen über Koalitionsrecht und dessen Benutzung durch die städtischen Arbeiter herrschen immer noch in den Kopfen einzelner städtischer Verwaltungsbauern. Abgesehen von der Strafrennung, wo ja vom ersten bis zum letzten Kamten systematisch gegen die Organisation der Arbeiter gehetzt wird, zeichnet sich in dieser Hinsicht besonders die öffentliche Beleuchtung aus. Hier ist es besonders ein Herr Wüldner, der in jedem organisierten Arbeiter einen persönlichen Gegner erachtet. Überall wirkt dieser Herr Wüldner und andere furchtbare Verbrechen. Wie rigoros Herr G. vorgeht, zeigt nachstehender Bericht: Unterhalten sich da einige Arbeiter der Preßgasbeleuchtung während der Mittagspause über ihre Arbeitsverhältnisse. Unter anderem erklärte ein Kollege, daß ein Lohn von 4 Ml. für die schmiedige Arbeitszeit in Wind und Wetter ungenügend sei. Am anderen Tag wurde der Arbeiter zu Herrn G. befohlen, der ihm keine Entlassung ankündigte. Herr G. erklärte, die Auflagen der Arbeiter seien Aufzeigung zum Kloßenhof. Teratige Elemente dieses in "seinem" Betriebe nicht geduldet werden. Eine Art dieser Handlungswise erübrigte sich. Wir möchten nur die Frage aufrütteln, ob nicht die Maßnahmen des Herrn G. geeignet sind, aufregend zu wirken. Aufregend willt jedenfalls eine Verordnung dieser Herren, die eine Versammlung der Preßgasarbeiter beschäftigte. Sicher bestand für diese Arbeiter die 10stündige Arbeitszeit — von morgens 7 Uhr bis abends 17 Uhr. Um Arbeiter zu sparen, ist nun eine neue Arbeitszeit festgesetzt worden, und zwar von 7—12 Uhr und von 14—10 Uhr abends. Außerdem müssen die Arbeiter sehr oft Nachtpatrouille ausüben, die von 12—2 Uhr wählt. Sieht man die zum Teil weiten Wege der Arbeiter in Betracht, so haben die Arbeiter im günstigsten Falle eine Ruhezeit von 7½ Stunden, bei der Nachtpatrouille sogar nur 3—4 Stunden. Eine derartige Arbeitszeit bedeutet allerdings Künftig, nämlich den Untergang jedes Familienlebens. In der Versammlung gelangte die nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 15. März 1908 bei Lehmann, Neue Friedrichstraße 1, versammelten Arbeiter der Preßgasbeleuchtung wenden sich entschieden gegen die hebblichtige Neuerteilung ihrer Arbeitszeit. Bei dieser neuen Arbeitszeit kann von einem geregelten Familienleben und einer den gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Lebensweise nicht mehr die Rede sein. Manz besonders protestieren die Arbeiter aber dagegen, daß die Neuerteilung erfolgt, ohne vorher die Arbeiter dazu, den Arbeiterausschuß zu hören. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die notwendigen Arbeiten sehr gut bei der bisherigen Arbeitszeit ausgeführt werden können. Die Versammelten beauftragen den Arbeiterausschuß, dahin vorstellig zu werden, daß die bisherige Arbeitszeit beibehalten bleibt, unbeschadet der eingereichten Forderung auf Einführung der neu-stündigen Arbeitszeit.“

Berlin. Zu einer öffentlichen Versammlung am 13. März beschäftigten sich die Kanalisation- und Miesfelderarbeiter Berlins mit der Misere ihrer Arbeitsverhältnisse. Das Referat: „Sind die Kanalisationarbeiter und Miesfelder Mutterbetriebe?“ hielt Kollege Schabel. Nach einem technischen Ausbildung er zu dem Resultat, daß die Explosionsgefahr im Kanalisationsbetrieb immer großer werde und daher da, wo mit Benzin gearbeitet würde, eine strengere Kontrolle notwendig sei. Trotz der sich daraus ergebenden unbegrenzten Möglichkeiten von Betriebsunfällen werden wahre Jammerlöcher bezahlt; 3,75 Ml. ist für die schmutzige, oft gefährliche Arbeit eines Kanalarbeiters seine Bezahlung. Daron ändert auch die Tatsache nichts, daß die Sonntage mit bezahlt werden; denn einige Zusatzarbeiten lassen dafür soviel Überstunden machen, damit der Tag wieder herauskommt; die Regulierung dieser Nebearbeit lehnen sie trotz gegenwärtiger Verträge der Deputation hautnah ab. In der Baubewaltung werden ganze 38 Pf. Stundenlohn gezahlt; ferner wird jeder

Stunde, welche der Arbeiter ohne sein Gutun aus irgendwelchen Betriebsgründen aussehen muß, gratis abgezogen. Dieselbe Rücksichtigt ist; begünstigt der Arbeitszeit zu verzögern; so müssen z. B. die Heizer eine ununterbrochene Nachschicht von 12 Stunden leisten, ohne den geringsten Zuschlag zu bekommen. Zum achtstündigen Schichtwechsel, den die Arbeiter hier fordern müssen, hat sich die Verwaltung noch nicht ausschwingen können. — Die Guisarbeiter auf den Rieselfeldern erhalten einen Lohn von 1,80 Ml. pro Tag; sie kommen noch nicht auf 900 Ml. im Jahr. Wie sie da mit ihren Familien auskommen sollen, dürfte ein Geheimnis der Verwaltung bleiben. Den Sommerurlaub verweigert man diesen Kollegen, weil sie — wie gesagt wird — ja immer in „gesunder“ Lust sind — angeichts der Rieselfelder. Dürte“ eine merkwürdige Ansicht. Sowohl den Arbeitern der Baubewaltung wie auch denen der Rieselfelder wird in unverständlicher Weise die Einrichtung von Arbeiterausschüssen vorerthalten. Andererseits sind für die Kanalisationarbeiter gleich 6 Ausschüsse vorhanden. Hier wäre ein einziger vorteilhafter und zweckmäßiger. Gegenwärtig hat die ganze Institution nur dekorativer Wert für die Stadt, aber so gut wie keinen für die Arbeiter. Beweis dafür ist der seit zehn Jahren gestellte Antrag auf Lieferung wasserdichter Jaden. Die Verwaltung ist bis auf den heutigen Tag über „Versuche“ nicht hinausgekommen — man scheint auf den Fabrikanten zu warten, der die Jaden umsonst liefert. Diese und andere Beispiele liefern den Redner zu dem Argit kommen, daß die Abstellung solcher Zustände von den Arbeitern energisch in die Hand genommen werden müsse. — Die lebhafte Diskussion bewegte sich ganzlich im Rahmen des Referats und schloß mit nachstehender Resolution: „Die am 13. März zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen Kanalisation und Rieselfelder sind entrüstet über die Aufräumung ihrer wohlgekündigten Anträge auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bei der diesjährigen Staatsfeierabend. Die beantragte Regelung der Arbeitszeit, insbesondere die Achtkundenschicht für das Maschinenpersonal, ist aus hygienischen und sozialen Gründen eine zwingende Notwendigkeit. Es ist daher ganz unverständlich, wie eine solche von jedem einstimmigen Sozialpolitiker befürwortete Forderung unberücksichtigt bleiben konnte. Auch die Ablehnung der Lohn erhöhung auf der Basis eines Minimaltagelohnes von 4 Ml. zeugt von einem ehrlichen Mangel an Verständnis für die Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien. Die gegenwärtigen Löhne sind im Hinblick auf die drückenden Lebensverhältnisse unzureichend und rufen daher Enthebung, ja nicht selten direkte bittere Not hervor. Die versammelten Arbeiter ersehen aus der Nichterfüllung dieser durchaus berechtigten Wünsche, daß die Arbeitserangelebten keineswegs mit dem immer behaupteten Wohlwollen behandelt werden, und daß in solchen Dingen die schlimmste Rückständigkeit Platz greift. Demgegenüber erklären die Arbeiter den festen Willen, an ihren Forderungen festzuhalten, und sie endlich doch durchzusetzen. Als erstes und bestes Mittel dazu ist die in der gewerkschaftlichen Organisation zu betätigende Selbsthilfe zu betrachten. Nur auf diesem Wege werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen die notwendige Ausgestaltung finden. Die Versammelten richten daher an alle Kollegen den dringenden Appell, treu zur Fahne des Gemeindearbeiterverbandes zu halten und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte städtische Arbeiter in diesen Reihen aufgenommen ist.“

Berlin. Die Handwerker und Arbeiter des städtischen Schlach- und Viehhofs waren am 17. März zahlreich im Saal von Schröder versammelt. Kollege Wilh. Wohls sprach über: „Den Wert der Arbeiterausschüsse“. Treffend wies Redner nach, daß der Arbeiterausschuß infolge der vom Magistrat vorgeschriebenen Bestimmungen kaum als Vertretung der Arbeiter wirken kann. Um ihm in dem engen Rahmen innerhalb Geltung zu verschaffen, ist es notwendig, nur solche Kollegen in den Ausschuß zu wählen, die mit Eifer und Energie die Interessen der Kollegen wahrnehmen und die Organisation hinter sich haben. — Den Bericht von der Sitzung des Arbeiterausschusses am 6. März erläuterte Kollege Neumann. Die Kollegen hatten den Antrag eingerichtet, eine Abstirkt der Protokolle von den Sitzungen des Ausschusses zu erhalten. Begründet wurde der Antrag damit, daß bei der Parkverwaltung und den Wasserwerken dies bereits üblich sei. Der Herr Direktor erklärte sich ja auch dazu bereit, doch mußte er erst bei den genannten Direktionen Erklärung einziehen. Es scheint also, als wenn die Ansprüche des Arbeiterausschusses auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft werden müßten. — Die Aufgabe, ob der verlängerte Urlaub gemäß der Magistratserfüllung vom 3. Mai 1907 den Handwerkern gewährt wird, zeitigte eine lebhafte Debatte. Am Anfang derselben kannte der Herr Direktor diese Verfügung nicht. Als aber der Arbeiterausschuß einzelne Betriebe nachhast mache, in denen der verlängerte Urlaub schon eingeführt ist, erinnerte er sich einer solchen Verfügung. Am anderen Tage ließ der Direktor einem Mitgliede des Ausschusses sagen, dieser Urlaub werde auch auf dem Schlach- und Viehhof eingeführt. Das bedeutet für uns also wiederum einen kleinen Fortschritt. Hoffentlich wird aber der erweiterte Urlaub bald für alle Arbeiterkategorien eingeführt. — Hierauf erfolgte die Ausstellung der Kandidaten für die Erfahrung des Arbeiteraus-

Schusses. Folgende Kollegen wurden einstimmig aufgesucht: Hensel, Schünemann, Zimmermann und W. Wilhelm. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, diesen Kandidaten bei der Wahl die Stimme zu geben. Je einmütiger diese Kollegen gewählt werden, um so mehr wird die Direction den Ausdruck als Vertretung der Arbeiter ansehen!

Dresden. Eine außerordentliche Generalversammlung der Zabistelle Dresden fand am 8. März im Saale des „Volks-Hauses“ statt. Tagesordnung war: „Die Anstellungsbedingungen des Volksbeamten nach den Beschlüssen des Verbandstages in Mainz.“ Diese Frage hatte schon zwei Generalversammlungen bestätigt, war aber nicht zur Erledigung gekommen. Angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1909 in Dresden der Verbandstag stattfand und der Beamte in Dresden der älteste der angestellten Beamten unseres Verbandes ist, wurde die Erledigung der Sache von allen Seiten der Mitglieder als dringend empfunden. Zu Vertretung des Verbandsvorstandes war der Kollege Mohs anwesend. Er legte den Wunsch der Verbandsleitung auf baldige Lösung dieser Frage dar. Es sei gewiß verständlich, daß es den Mitgliedern oft schwer fällt, der Anstellung ihrer Beamten unter zufriedenstellenden Bedingungen zuzustimmen, wenn sie selbst unter den schwierigsten Verhältnissen leiden. Da aber Beschlüsse des Verbandstages vorliegen, so müssen sie auch zur Geltung kommen. In der Diskussion kamen unter anderem auch die Entwicklung der Dresdener Filiale und die Beamtenfrage zur Sprache, aus der das folgende erwähnt sei: Die Gründung der Dresdener Organisation erfolgte im Juli 1906 infolge eines Streits der Eisenarbeiter. Der gegenwärtige Vertrauensmann wurde damals mit gewahrsiegelt und gründete mit einer Anzahl Kollegen den „Verein der städtischen Arbeiter“. In der folgenden Zeit arbeitete der Vertrauensmann mit vielen Unterbrechungen auf verschiedenen Privatbauten, weil er in städtischen Betrieben keine Arbeit erhalten konnte. Seine Arbeitslosigkeit betrug vom Juli 1906 bis März 1909 zehn Monate. Von dieser Zeit an fand er bis zum 17. November 1909 wieder Arbeit in städtischen Betrieben. Mit einigen Unterbrechungen von 2 bis 12 Wochen erfolgte dann am 17. November 1909 seine endgültige Entlassung. Im Frühjahr 1910 sah die Mitglieder den Besluß, eine größere Agitation zu enthalten. Die Zabistellen in den Restaurants wurden aufgehoben; der gewahrsiegelte Vertrauensmann sollte die Beiträge im Hause abbauen und von der einfassierten Summe nach Prozenten bezahlt werden. Dabei stellte sich heraus, daß von 400 Mitgliedern nur 150 zahlungsfähig waren. Die Vierteljährseinnahme betrug ungefähr 80 M. Die Prozente hierfür betrugen 8 M. Von diesem Volum konnte der Vertrauensmann natürlich nicht leben. Vom 1. Juli 1910 ab wurde ihm daher ein Bodenlohn von 15 M. gewährt. Der Vertrauensmann hatte dafür die Haushaltsgeschäfte und die Agitation zu besorgen sowie das Straußengeld auszuzahlen. Das Bureau befand sich in der Wohnung des Vertrauenmannes. Eine Entschädigung gab es dafür nicht. Das Einziehen der Beiträge wurde durch Haushälter besorgt. Eine rege Agitation wurde entfaltet. Am Oktober 1908 wurde ein Bureau im „Volks-Hause“ gemietet. Die Mitgliederzahl betrug damals 555. Die Unterstützungsvereinigungen wurden ausgebaut, und die Mitgliederzahl vergrößerte sich. Im Jahre 1906 mußte ein größeres Bureau gemietet werden, zugleich sah sich auch der Verbandsvorstand veranlaßt, einen Gaubeamten in Dresden einzustellen. Die hierauf folgende Abstimmung ergab folgendes Bild: 89 Stimmen für und 49 Stimmen gegen Gleichstellung mit dem Gaubeamten, 5 Zettel waren ungültig, zwei unbeschrieben. — Ein Antrag wurde: Bewilligung von 200 M. aus Mitteln der Volksbank zur Teilnahme der Mitglieder an Bildungskursen, fand Annahme. Bezugleichen ein Antrag Heider auf Feststellung der Wahlbefugnisse der Verwaltungsmitglieder. Die nächste Mitgliederversammlung soll sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Hannover. Zu der am 13. März stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Wegfabrik-Bremen einen Vortrag über: „Die Kämpfe der städtischen Arbeiter um ihre Rechte“. Der Redner betonte, daß die städtischen Arbeiter noch weit zurück in ihren Lohnverhältnissen sind, denn was sie bis jetzt an Lohnzulage erhalten haben, ist durch die Steigerung der Lebensbedürfnisse wieder verbraucht. Der Redner hob hervor, daß man in Hannover keine Arbeitserausschüsse hat, vielmehr das Überstunden zuweisen und die ungenügende Zahlung der Leihförderung bei Krankheitsfällen. Der Vortrag wurde bestätigt aufgenommen und zur Diskussion gestellt. — Hierzu verfasste der Vorsteher die Antwort des Magistrats auf unsere Lohnforderung vom 8. Februar: „In der Regelgegenwart betreffend Erhöhung des Tochterloches für städtische Arbeiter geben wir Ihnen anheim, zu verantlösen, daß diejenigen Arbeiter, welche sie mit der oben genannten Eingabe beauftragt haben, sich unmittelbar an ihre arbeitgebenden Amtsstellen zu wenden haben.“

Schwabach. Als im Oktober v. J. die Kollegen sich organisierten, beschlossen dafelbit die misslichsten Zustände. Es mußte sofort dargangs gehen, um hier einigermaßen Änderungen zum besseren zu schaffen. Am Dezember wurde ein Eingabe an die städtischen Kollegen abgesetzt. Erhöhung des Lohnes,

Zuschlag für Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit, Gewährung von Sommerurlaub, Wahl eines Arbeiterausschusses und verschiedene andere Forderungen wurden aufgestellt. Ganz besonders war die Gasanstalt in der Eingabe bedacht, da hier Zustände herrschten, welche für die Dauer unerträglich waren. Während nun der Rektor vorsteher im August mit den Arbeitern nicht im geringsten wegen ihrer Organisationszugehörigkeit zu habe trat, versuchte der Direktor des Gaswerkes mit allen Mitteln der Organisation den Garas zu machen. Durch Anbieten von Stellen mit Monatsgehalt, Versprechen auf fernere Verbesserungen, eventl. Gründung eines Volksvereins sowie durch eine ausgeschriebene Höflichkeit und Liebenswürdigkeit glaubte er zu seinem Ziele zu kommen. Er mußte jedoch einsehen, daß in der Brust des Arbeiters Charakterfestigkeit zu finden ist. Alle Lösungen und Versprechungen prallten an der Überzeugung der Arbeiter ab. Jetzt ist nun die Eingabe der Arbeiter durch die Kollegen erledigt, und zwar ist den Bauamtaarbeiter ein Winkelschein von 32 Pf. pro Stunde zugesichert. Der Lohn kann bis 35 Pf. steigen. In den Vorabenden der Feiertage ist um 4 Uhr Arbeitsdienst, ohne Leibnatzug. Für Überstunden werden 25 Proz. und für Sonntags- und Nacharbeit 50 Proz. Zusatzlager gewährt. Die Arbeiter haben seiner einen Arbeiterausschuß aus ihrer Mitte zu wählen. Nach einem- und zweijähriger Dienstzeit gibt es 3 Tage Urlaub, nach 3-5 Jahren 5 Tage und nach 6 Jahren 6 Tage unter Fortbezahlung des Lohnes mit der Bestimmung, daß die Arbeiter während dieses Urlaubes keine andere Arbeit gegen Bezahlung verrichten. Wenn nun auch nicht alles das genehmigt worden ist, was die Arbeiter gefordert haben, so ist doch immer ein Fortschritt zu verzeichnen. Besonders auffallend ist die Gewährung des Urlaubes schon nach einem Dienstjahr. Hier dürfte sich die Bewältigung der nächstliegenden Großstadt Nürnberg ein Beispiel davon nehmen.

Mülheim. Unsere Filiale hatte am Sonntag, den 8. März, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung. Unser Gauleiter Schäfer hielt einen Vortrag über: „Die Entstehung und Entwicklung unseres Verbandes“. Redner erörterte auch die Pflichten der Stadtgemeinde als Arbeitgeberin, wobei er feststellte, daß gerade die Stadtverwaltungen am besten ihren Pflichten nachstehen, in denen die Arbeiter am besten organisiert sind. Kollege Koch führte in der Diskussion aus, daß die Mülheimer Stadtverwaltung nichts von sozialen Pflichten wisse, andernfalls könnte es doch nicht vorkommen, daß man einen Arbeiter (es handelt sich um die Stallwache im Hubport) für täglich 20 Stunden Dienst 2.60 M. anbietet. Am Schlachthof erhielten die Lagerarbeiter 8.20 M. pro Tag. Er forderte die Kollegen auf, aus den Ausführungen des Kollegen Schäfer die richtigen Konsequenzen zu ziehen und sich, soweit dies noch nicht gegeben, dem Gemeindearbeiterverband anzuschließen. Es liegen sich auch einige Kollegen vom Schlachthof und vom Waschwerk annehmen. Somit haben wir nun in sämtlichen städtischen Betrieben Fuß gesetzt.

Rundschau.

Am 18. März fanden zur Erinnerung des sechzigjährigen Geburtstages der Revolution von 1848 sowie zur Demonstration gegen das preußische Dreiklassenwohlunrecht in Groß-Berlin, Frankfurt usw. Nachmittagsversammlungen statt. Berlin allein hatte über 20.000 Teilnehmer, so daß man also von einem glänzenden Verlauf dieser Demonstration sprechen kann. Die Polizei glaubte sich natürlich auch wieder belästigen zu müssen. In den Hunderten von Abendversammlungen in ganz Preußen waren die Säle überfüllt. Vereinzelt Razzienregelungen durch Unternehmerverbände wegen Teilnahme an den Nachmittagsversammlungen sind gemeldet. Das wird uns aber nicht abschrecken dürfen, auch weiter energisch und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln auf kulturelle Zustände in Preußen zu dringen!

Im Reichstag wird gegenwärtig „unter Ausschluß der Tiefenlichkeit“ geredet. Und zwar unfreiwillig! Die Reichstagsjournalisten wurden nämlich von Herrn Grüber (Zentrum) als „Sauwengels“ angepöbelt. Sie gaben die einzige richtige Antwort, indem sie einmütig eine Zurücknahme dieser groben Peleidigung verlangten. Da aber nur eine sehr gedrechselt Erklärung des Präsidenten Grafen Stolberg (lons.) abgegeben wurde, stellten sämtliche Reichstagsjournalisten (mit Ausnahme von zwei bis drei Zentrumstreitbrechern) ihre Tätigkeit ein. Wie es scheint, dürfte in einigen Tagen ihr Sieg gerichtet sein, da eine diebezügliche Ehrentilgung seitens des Präsidenten und Gröbers erwartet werden darf.

Eine treffende Charakteristik unseres „Freundes“ Fisched, noch immer Stadtrat und „Sozialpolitiker“ in Berlin, bringt das „Berl. Tagebl.“. Es schreibt: „Wenn man den Kursus tritt, kommt der Totsal zum Vorschein“, sagte Napoleon I. Kraft man den Berliner Stadtrat Fisched, dann zeigt sich unter der liberalen Haut der wachscheide Reaktionär. Die „Kreuzzeitung“ hat das mit dem feinen Instinkt, der ihr bisweilen eignet, gespürt; sie hat Herrn Fisched wegen seiner Haltung in der Ar-

beitslosenfrage Schmeichelchen gesagt; Herr Fischbeck ist Fleisch von ihrem Fleisch und Wein von ihrem Wein. Herr Fischbeck wird für seine Tätigkeit als Stadtrat der Reichshauptstadt bezahlt; dagegen ist nichts einzuwenden. Aber er wütet in der städtischen Stadtverwaltung herum wie irgend ein Viecherfüller im Porzellanladen; an dieser verwüstenden Tätigkeit sollte man ihn hindern. Nicht die völlig gleichgültige Persönlichkeit des Herrn Fischbeck steht auf der Tagesordnung, wohl aber die kommunale Selbstbestimmung. Schon der passamäßige Ton, den Herr Fischbeck anzuschlagen beliebt, ist ungehörig. „So lange ich an dieser Stelle sitze, werde ich mir die eigene Entscheidung darüber, wie mich zu hören will und wenn nicht, verbehalten müssen.“ sagte in der letzten Stadtverordnetenversammlung Herr Fischbeck. Er fügte dann mit Bezug auf den Stadtverordneten Dr. Rathen hinzu: „Er kann meinewegen reden, was er will.“ In diesen Bemerkungen liegt eine Verächtlichmachung der Stadtverordnetenversammlung vom Magistratsstil aus. Wenn trotzdem Herr Oberbürgermeister mit sich nicht plausibel protestieren zu müssen, als nun der Stadtverordnetenvorsteher Michels hat gesagt, „er könne die Auflösung Fischbecks nicht ungerügt lassen“, so stimmt auch hier, daß Herr Michels besser getan hätte, statt sich mit dem Stadtverordnetenvorsteher zu sonnen, darauf zu achten, daß vom Magistratsstil aus kein Windmühlenkampf geführt wird. Es ist schließlich genug, wenn sich ein Magistratsmitglied blamiert!

Das Kaiserliche Statistische Amt beabsichtigt, wie die „Sozialpolitische Rundschau“ erfährt, demnächst über die im Jahre 1907 seitens der Unternehmer mit den Arbeitersorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge eine Statistik durchzuführen und versendet zu diesem Zwecke an die verschiedenen Arbeitgeberverbände eine Anzahl Formulare, auf denen die zurzeit bestehenden Tarifverträge nach Zahl, Dauer und Personengruppen anzugeben sind. Desgleichen soll festgestellt werden, wieviel Tarife im vergangenen Jahre erstmalig, wieviel bei Lohnbewegungen ohne Arbeitsseinstellung und wieviel infolge Streiks oder Ausprägungen abgeschlossen worden sind. Schließlich soll auch die Zahl der beteiligten Betriebe sowie der unter Tarifvertrag arbeitenden Personen ermittelt werden. Zwecks eingehender Bearbeitung der ganzen Frage bittet das Statistische Amt, den Anträgen auf den betreffenden Fragebogen je ein Exemplar der einschlägigen Tarifverträge beizufügen. Das Statistische Amt stellt die genannten Erhebungen an, um für die in der nächsthinigen Reichstagssitzung zu erwartenden Erörterungen über die Tarifverträge eine geeignete und möglichst genaue Grundlage zu gewinnen. — Falls sich diese Anfragen nur auf die Unternehmerverbände erstrecken sollten, dürfte der Wert ein ebenso problematischer sein wie die gegenwärtige Statistik des statistisch Statistischen Amtes.

Die Gewerkschaft — **die Patriotismus.** Vor die Alternative, zwischen beiden zu wählen, wurde längst ein Mitglied unseres Verbandes gestellt. Wir geben hier den Brief, welcher uns davon in Kenntnis setzte, wörtlich wieder.

An den Fidikvorstand usw.

Gebeter Herr!

Als ich mich vor 4 Wochen im Verband aufnahmen ließ, ahnte ich nie, daß diese von so kurzer Dauer sein wird. Ich gehöre als Chinaland noch einem patriotischen Verein an. Ich weiß nun nicht von welcher Seite aus diesem Verein zur Kenntnis gekommen ist, daß ich unserem Verband beigetreten bin; kurz und gut, in der letzten Mitgliederversammlung dieses Vereins wurde ich vor die Wahl gestellt, eines von beiden zu lassen.

Da ich nun schon über 6 Jahre diesem Verein angehöre, und somit mir bedeutende Rechte erworben habe, muß ich mit dem größten Bedauern bitten, mich aus die Liste ihrer Mitglieder zu streichen. Seien Sie aber überzeugt, daß ich jederzeit die Interessen des Verbandes und somit die meiner Kollegen vertreten werde.

Mit aller Hochachtung 9. 9.

Es ist nicht die Unredlichkeit des betreffenden patriotischen Vereins, welche uns Anlaß zur Veröffentlichung gibt, denn diese ist nur zu bekannt. Wir wollen bloß zeigen, was mancher Mensch nur eine Ansicht über Interessenvertretung hat. Der Schreiber dieses Briefes erklärt bei der Aufnahme persönlich, daß ihm seine Kollegen zur Wehrtrauung immer begegnet seien. Nun, wie es scheint, auch nicht ganz mit Unrecht. Wenn der Wille zur Vertretung der Interessen des Verbandes und der Kollegen nicht weiter reicht, als wie es hier der Fall ist, so ist das sehr bedauerlich. Bedenkt der Briefschreiber nicht, daß er sich immer feiner in den Feind hängt, wenn er länger in diesem Verein bleibt, welcher ihn derart bevorzumt. Wer einmal die Abicht hat, sich zu befreien, der muß es sofort und konsequent tun. Da nürgen modeste wir diesen „mutigen“ Kämpfer daran aufmerksam machen, daß es konsequent von ihm wäre, wenn er dann auch auf die Rechte verzichtet, welche er durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bekommen hat. Seine letzte Lohnzulage ist nämlich keine Errungenschaft seines patriotischen Vereins, sondern der Organisation

Wie ein Bürgermeister die städtischen Arbeiter verspottet. Aus einem Provinzbericht der „Provinz Polen“ entnehmen wir nachstehenden bezeichnenden Vorgang aus Lissa in der Provinz Polen. „Fürchtliche Löhne. Welche Antwort man Arbeitern, die um eine Zulage ihres ohnehin so Magistralen Verdienstes bitten, gäbe, beweist folgender Vorfall: kommt da eines Tages der heilige erste Bürgermeister bei einem Spaziergang an einem Trupp Gemeindearbeiter vorüber, welche mit dem Reinigen der Kanäle beschäftigt sind. Der Herr Bürgermeister will sich wohl besonders human zeigen, da er zu einem der beschäftigten Arbeitern die Frage stellt, wie es ihm geht. Der Arbeiter erwidert darauf, daß es ihm sehr schlecht gehe. Der Bürgermeister fragt nun, wieso es ihm denn schlecht gehe, worauf der Arbeiter sein Leid vortrug und gleichzeitig mit seinen Mitarbeitenden Kollegen um eine Lohnzulage bat, denn es könnte unmöglich mit dem Verdienste von weniger als 10 Pf. bei den teuren Verhältnissen auskommen. Zwar sei er ledig, aber er müsse doch allein für kost und Logis pro Woche 9 Pf. zahlen, und so bleibe ihm nichts übrig. Der Bürgermeister erklärte darauf: „Wenn Sie aber 9 Pf. für kost und Logis ausgeben, wo logieren Sie denn da? Da gehen Sie wohl ins Hotel Ritsche speisen!“ (Hotel Ritsche ist nämlich das erste Hotel am Plaue, wo größtenteils Offiziere verkehren.) Selbstverständlich war nun der Arbeiter baff und erwiderte, daß er nur bei ganz armen Leuten logiere und es für 9 Pf. noch eines der billigsten Logis wäre. Dies schien wohl aber dem Herrn Bürgermeister nicht einzuleuchten, denn die Frage betrifft der Lohnzulage soll der Arbeiter noch heute beantwortet bekommen.“ Die Antwort des Lissauer Bürgermeisters ist bezeichnend, aber nicht nur für ihn, sondern auch für die dortigen städtischen Arbeiter. Wiederholt ist von Breslau aus versucht worden, Boden zu gewinnen, doch scheiterte das Vorhaben stets an der Gleichgültigkeit der Lissauer Kollegen. Zweimal war eine Versammlung arrangiert, doch sah beidermal unter Gauleiter Mehrlein mit dem Einberufer und dem Polizeibeamten — der übrigens uneingeladen, durch Denunziation auftumtsam gemacht, erschienen war — allein im Versammlungsort. Ob es nun besser werden wird? Wir werden bald einmal die Probe aufs Exempel machen!

Liberale Gemeinden gegen Krankenversicherung. Wie der liberale Stadtmagistrat in Nürnberg, so straubt sich auch der schwäbische Stadtmagistrat gegen die Errichtung von Ortsstrahlentassen. In beiden Städten besteht lediglich das völlig ungerechte Surrogat einer Strafenversicherung, die Gemeindetrantenversicherung. Der Stadtmagistrat Schwabach hat sich trotz Auforderung der Regierung zum wiederholten Male so auch jetzt geweigert, die Gemeindetrantenfasse durch eine Ortsstrahlentasse zu ersetzen. Dazu will er sich erst dann vertheilen, wenn durch Abstimmung festgestellt sei, daß die Mehrheit der Versicherungspflichtigen mit dieser Versicherungsform einverstanden ist. Dabei soll aber der famose, vom Nürnberger Stadtmagistrat erfundene Abstimmungsmodus zur Anwendung gelangen, daß die Gesamtzahl der Versicherungspflichtigen festgestellt wird und, wenn die Ortsfasse erreicht werden soll, mehr als die Hälfte der Versicherungspflichtigen ihre Stimme dafür abgeben müssen. Dagegen, die ihr Wahlrecht nicht ausüben, werden einfach als Gegner der Ortsfasse gezählt!

Das Programm der Gelben. Der gelbe Arbeitsbund (Sitz Berlin) hat vor acht Tagen einstimmig ein Programm formuliert und angenommen, dessen Hauptpunkte folgendermaßen lauten: „Die Gelben Deutschlands betrachten die Wirtschaftsordnung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft als das gefundene Produkt einer viertausendjährigen Kulturrentwicklung, die vom Gemeineigentum (Nomadismus, Sozialismus) ausgegang und zum Einzelneigentum (Privateigentum) hinlieferte. Die Sozialdemokratie sucht, getreu ihrem reaktionären Charakter, diesen Entwicklungsprozeß zu hemmen und die menschliche Kultur auf die barbarische sozialistische Stufe zurückzuschrauben.“ — „Der gelbe Arbeitsbund fordert zunächst: 1. Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, 2. energische Agitation für das Sparen, Arbeitersparvereine, Arbeitersparbauten, Unterstützungsvereine, 3. Beteiligung der Arbeitersparparteien am heimischen Industriekapital, 4. gesetzliche Zulassung von Aktien über kleine Nominalbeträge für Arbeiter, 5. Bekämpfung aller parteipolitischen Agitationen in der gewerkschaftlichen Bewegung und damit auch Bekämpfung aller derjenigen Kreis, Sperren, Berufserklärungen, die irgend einem anderen Zweck dienen sollen, als dem der äußersten Rotecke, 6. Erlangung angemessener Lohns und Arbeitsbedingungen, 7. tüchtige berufliche Ausbildung in angemessener Lehrzeit, 8. wirtschaftliche Sozialisationsfreiheit, 9. Rechtsfähigkeit der Paritätvereine, 10. gesetzliche Vergebung der Heimarbeit.“ — Wer lädt das?

Entwicklung der Großhandelspreise in den letzten 20 Jahren. Eine hochinteressante Zusammenstellung der während der letzten 20 Jahre im Großhandel für eine Anzahl der wichtigsten Waren gezahlten Durchschnittspreise bringt das täglich erschienene 1. Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen

Reiches für 1907. Wir geben in nachstehendem die Preise für den Hauptplatz Berlin wieder, um zwar für das Anfangs- und Endjahr des Zeitraums sowie für das Jahr 1903, weil dieses im letzten Jahrzehnt den größten Stand der meisten Preise aufweist. Es liegen demnach im Großhandel in Berlin:

	1888 M.	1903 M.	1907 M.	+ oder geg. 1888 %
Mogen	1000 kg	134,5	132,8 103,2	+ 43,6
Weizen	"	172,2	161,1 206,3	+ 19,8
Hafet	"	123,0	136,3 151,4	+ 47,5
Braunerste	"	121,1	128,3 106,7	+ 37,7
andere Gerste	"	27,9	26,3 29,9	+ 7,2
Kartoffeln	1 dz	18,8	18,0 25,4	+ 35,1
Mogenmehl	"	27,0	21,7 22,2	+ 4,4
Weizennmehl	"	97,8	100,0 146,6	+ 49,8
Schweine, Lebendgewicht m. L.	"	85,8	99,7 110,8	+ 28,7
Kälber, Schlachtgewicht	"	92,8	139,6 103,4	+ 76,1
Hammet	"	95,3	129,9 149,3	+ 56,7
Butter I	"	29,0	23,6 234,6	+ 6,5
Mohzucker (Braunschweig)	"	4,52	18,1 18,1	+ 62,2
Kaffee (unverzollt Bremen)	"	145,0	64,9 76,7	- 47,1
Zee (unverzollt Hamburg)	"	128,0	130,0 135,0	+ 51,7
Schmalzjämerl. unverz Bremen)	"	84,8	88,4 94,2	+ 11,7
Reis (unverzollt Bremen)	"	20,4	22,3 23,6	+ 15,2

Die Steigerung für fast sämtliche Waren ist eine enorme. Abgesehen im Preis hat nur das überseelische Produkt Kaffee und unter Robuster, bei dessen Preisgestaltung neben der fortgeschrittenen Technik auch die Zuckerverarbeitung eine befördernde Rolle gespielt hat. Alle übrigen einheimischen und ausländischen Produkte sind im Preis um 19 bis 76 Proz. gestiegen, am meisten die verschiedenen Fleischsorten und das Buttergetreide. Es ist dies eine Illustration für die so oft gehörte Behauptung unserer Agrarier, daß die Weltmarktpreise in den letzten Jahrzehnten so stark gesunken wären, daß nur durch einen ständig erhöhten Zollschub der Sturz für die Zulandpreise hätte etwas „verlangsamt“ werden können. Mögen auch in einer noch weiter zurückliegenden Zeit speziell die Weizenpreise vorübergehend höher gestanden haben als jetzt heute, so bilden diese Preise doch keineswegs die Basis, auf der der Hauptteil der heutigen Weizen seine Bandbreite erworben hat. Die oben angeführten Zahlen beweisen zugleich aber auch, in Verbindung mit der Preissteigerung der industriellen Produkte, der Mieten usw., wie wenig in Wirklichkeit die vielgerühmte „Steigerung der Löhne“ in den letzten 20 Jahren, die noch dazu große Arbeitserschöpfungen in zurückgebliebenen Gegenden ganz unberüht gelassen hat, zu bedeuten hat.

Eine Aktion gegen die Mitgliedschaft der Lebrier und städtischen Beamten bei den Konsumvereinen in Dresden. Vor fast vier Jahren, Mitte August 1901, wandte der Annungsausschuß in Dresden sich mit einer Eingabe an die dortigen städtischen Kollegen — Rat und Stadtverordnete — mit dem Erfordernis, daß Verbot der Teilnahme an Gewerkschafts- und Wirtschaftsvereinigungen, wie es in der Allgemeinen Arbeiterordnung für die ständigen städtischen Arbeiter festgesetzt sei, auch auf alle städtischen Beamten und Lehrer auszudehnen. Man hätte meinen sollen, ein derartiges Verlangen, das in so unzulässiger gegen die guten Sitten verstoßenden Weise in das Privatleben gewisser Staatsbürger eingegriffen wissen will, hätte entschieden und ohne weiteres durchgewiesen werden müssen. Doch das geschah seitens des Dresdener Gemeindeverwaltung, die schon immer im Banne dieser Art Mittelstandsetter gestanden hat, nicht. Der Rat befahlte sich vielmehr sehr eingehend mit der Sache, und im Februar 1903 kam eine vom Oberbürgermeister unterzeichnete Ratsdrucksache an die Stadtverordneten, in der das Ergebnis der Erörterungen mitgeteilt wird. Es ist in jeder Beziehung negativ gewesen. Einmal hat sich die Verfolgung der Beamten und Lehrer auf dem Gebiet der fraglichen Wirtschaftsvereinigungen als sehr geringe herausgestellt. Ferner hat der Rat aber auch gar keine Möglichkeiten gefunden, gegen die Beamten und Lehrer, die sich zum Anger der Mittelständler gute Waren billiger durch direkten Bezug verschaffen wollen, in der gewünschten Weise vorzugehen. Den Willen hat der Dresdener Rat wohl gehabt. Er ließ in der Drucksache jedoch keinen Zweifel darüber, daß ihm die Erfüllung des Wunsches des Annungsausschusses ebenso unmöglich wie unmöglich erschien. Drei volle Jahre hat nun die Angelegenheit bei den Stadtverordneten geruht. Sie schienen es angeichts der Sachlage nicht eilig mit der endgültigen Eilodigung zu haben, die jetzt erst, in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar, erfolgt ist. Der Annungsausschuß saßtag vor, der Antrag des Rates besprochen, daß Gesetz unberücksichtigt zu lassen. Inzwischen ist ja auch das Verbot gegen unsere Kollegen, die städtischen Arbeiter, wieder aufgehoben worden.

Der Umsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft im Jahre 1907. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hat nun ihre definitive Umsatzziffer für das Jahr 1907 festgestellt. Es beträgt der Umsatz:
pro 1907 59 866 220,04 M.
pro 1906 46 503 237,02 "

pro 1907 mehr 13 362 993,02

An dem erhöhten Umsatz von 60 Millionen Mark fehlt also nur eine ganz geringfügige Summe. Prozentual beläuft sich die Steigerung der Umsatzziffer auf 28,7 Proz. Im Jahre 1906 betrug die Steigerung 20 Proz., 1905 nur 14 Proz. Seit 1899, in welchen Jahren der Umsatz 6 296 072 M. erreicht hatte, betrug die Vermehrung:

1900	1 600 263 M.	1904	7 488 517 M.
1901	7 181 426	1905	5 850 793
1902	6 430 484	1906	7 723 038
1903	4 877 640	1907	13 362 993

Die lebensjährige Umsatzsteigerung hat also die vorhergehende nahezu um das Doppelte übertroffen. In dieser bedeutsamen Steigerung spiegelt sich die Erhöhung aller Lebensmittelpreise wider; daneben legt die Zunahme der Tätigkeit der Großeinkaufs-Gesellschaft aber auch Zeugnis von der größer werdenden Intensität der Genossenschaftsbewegung ab.

Lübeck. Versammlung am Freitag, den 3. April 1908, abends 1,29 Uhr im „Vereinshaus“, Johanniskirche 50/52.

Totenliste des Verbandes.

Heinrich Wölker, Kassel Schmittinger, Frankfurt-W.
† 22. Februar 1908 im Alter von 46 Jahren.

Robert Leipner, Berlin

† 2. März 1908 im Alter von 26 Jahren.

Franz Kogelelow, Lübeck

† 6. März 1908 im Alter von 57 Jahren.

Bernh. Böhm, Magdeburg

† 9. März 1908 im Alter von 54 Jahren.

Emil Seifert, Dresden

† 11. März 1908 im Alter von 39 Jahren.

J. H. D. Danker, Hamburg

† 12. März 1908 im Alter von 63 Jahren.

Franz Ischerpe, Chemnitz

† 18. März 1908 im Alter von 58 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

Filiale Bayreuth.

Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden im Jahre 1908

jeden 1. Samstag im Monat

abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“ statt. Die Mitglieder wollen dies beachten.
Nächste Versammlung am 4. April d. J. Die Tagessordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bitten

Der Vorstand.